Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.00 Mk., monatl. 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 8gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 162. Magdeburg, Mittwoch den 14. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Der Wiederaufbau in Spa.

Am Sonntag ist auf der Konferenz in Spa ein Umschwung eingetreten. Das geht schon daraus hervor, daß die Konferenz nicht, wie ursprünglich von den Alliierten vorgesehen war, am Montag geschlossen wurde, sondern voraussichtlich noch einige Tage, vielleicht sogar bis Ende dieser Woche tagen wird. Der Umschwung ist ohne Zweifel auf den deutschen Vorschlag zum Wiederaufbau Europas, insbesondere zum Wiederaufbau Nordfrankreichs zurückzuführen. Wir haben diesen Vorschlag bereits gestern auf Grund eines telegraphischen Berichts wiedergegeben. Es handelt sich dabei um nichts weniger als um eine

internationale Wirtschaftsorganisation

des Unternehmertums, aufgebaut auf nationale Arbeitsgemeinschaften. Man kann das, je nachdem, wie man sich dazu stellt, als einen äußersten Versuch, die kapitalistische Wirtschaft vor dem definitiven Bankrott zu retten, betrachten, wie auch als den ersten Versuch genteinwirtschaftlicher Organisation, also die Ueberleitung zum Sozialismus. Welches aber auch die Absicht und der Ursprung bei Aufstellung dieses Wirtschaftsplans gewesen sein mag, eins ist mit unbestreitbarer Sicherheit dabei festzustellen: der Wiederaufbau des zerstörten Wirtschaftslebens Europas ist nur auf Grund einer planmäßigen Organisierung, also nach sozialistischen Grundsätzen durchzuführen.

Der Umschwung ist auch erkenntlich in der versöhnlicheren Haltung der Alliierten in der Kohlenfrage, die gewissermaßen das Zentrum des Wirtschaftsaufbaues ist, in deren Mittelpunkt wieder die Arbeiterfrage steht, die nüchtern und meisterhaft von unserm Genossen Otto Hue herausgeschält wurde.

So verstimmend die mit unsachlicher Schärfe gemachten Ausführungen von Stinnes gewirkt haben — der „Matin" schreibt, daß das deutsche Volk es Stinnes zu danken haben würde, wenn die Alliierten gezwungen würden,

zu militärischen Machtmitteln

zu greifen —, so nachdenklich wirkten Hues Darlegungen. Obwohl die Sachverständigen der Alliierten erklärten, daß die deutschen Einwendungen nicht derart seien, um von den Vorschlägen der Alliierten abzugehen, haben die Regierungschefs der Alliierten in einer Sonderbesprechung mit Fehrenbach und Simons einen neuen Vorschlag gemacht. Deutschland hatte die Lieferung von 13 Millionen Tonnen Kohlen angeboten; die Alliierten hatten 30 Millionen verlangt, wozu der Vertrag von Versailles sie berechtigt. Nun schlugen die Alliierten vor, das Quantum auf zwei Millionen Tonnen monatlich, 24 Millionen jährlich, herabzusetzen. Die deutschen Vertreter erklärten, daß nach Rücksprache mit den deutschen Sachverständigen der deutschen Regierung auch ein Versprechen, monatlich 2 Millionen Tonnen Kohle zu liefern, unmöglich sei. Zurzeit könnten nur 1 bis 1,1 Millionen Tonnen monatlich geliefert werden. Es sei aber eher zu fürchten, daß die Erzeugung zurückgehen würde, da die Belegschaften wegen mangelhafter Ernährung immer unwilliger würden, Ueberschichten zu verfahren. Könne man die Lebensmittelversorgung bessern, so würde sich die Erzeugung innerhalb weniger Wochen so heben lassen, daß den Alliierten etwa 300 000 Tonnen im Monat mehr zugesagt werden könnten. Eine weitere Hebung um 300 000 bis 400 000 Tonnen würde durch die Ansiedlung neuer Bergarbeiter möglich sein, aber erst im Laufe einer größern Zahl von Monaten bis zu einem Jahre, so daß die Lieferungen auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht werden würden. Sofern ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht möglich sein sollte, zöge die deutsche Regierung vor, die Festsetzung der zu liefernden Menge der Wiedergutmachungskommission zu überlassen, die dann die Verantwortung für die Folgen der Durchführung ihrer Beschlüsse zu tragen habe. Die alliierten Regierungsvertreter erklärten nach längerer Sonderbesprechung, daß es bei den mitgeteilten Beschlüssen sein Bewenden haben müsse, sofern nicht die deutschen Vertreter ihren Beschluß nochmals in Erwägung ziehen wollten, was besonders Lloyd George dringend empfahl. Dr. Simons versprach, nach einer nochmaligen Befragung der deutschen Sachverständigen morgen die endgültige Antwort zu geben. — Dann wurde in die Besprechung der

allgemeinen Wiedergutmachungsfragen

eingetreten. Die alliierten Regierungen machten den Vorschlag, zur Prüfung des ganzen Komplexes der von Deutschland gemachten Vorschläge eine gemischte Kommission einzusetzen, die aus den zuständigen Ministern der alliierten Staaten, ferner aus den Botschaftern Frankreichs und Großbritanniens in Berlin und den Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission als Einzelpersonen bestehen sollte. Die deutschen Delegierten stimmten diesem Vorschlag zu und überreichten im Anschluß daran ein Exposé des Reichsernährungsministeriums, in dem vorgeschlagen wird, auch für die Ernährungsfragen eine besondere Kommission einzusetzen.

Am Dienstag wird eine erneute Sitzung zwischen den Regierungshäuptern stattfinden. Wir stehen jetzt in Spa wesentlich günstiger als zu Beginn, wo die unglückliche Behandlung der Militärfrage die ganze Konferenz zum Scheitern zu bringen drohte. Wir sind gewiß noch nicht über den Berg. Dadurch, daß die Leitung jetzt wieder in bürgerlichen Händen ist, mit ihren Sachverständigen à la Stinnes, Seeckt usw., muß man sich auf allerlei Rückschläge gefaßt machen. Immerhin lassen sich Wirtschaftsfragen nicht durch Machtsprüche abtun. —

Genf und Moskau.

Am 31. Juli beginnt der internationale Sozialistenkongreß von Genf. Der erste allgemeine Kongreß der alten zweiten Internationale nach dem Kriege. Nicht alle Geladenen werden kommen, aber was erscheinen wird, wird zum mindesten genügen, halb Europa zu repräsentieren. Die englische Arbeiterpartei und die deutsche Sozialdemokratie werden die beiden starken Säulen des wiedererfolgten Zusammenschlusses bilden, Belgier, Holländer, Dänen und Schweden werden sich ihnen anschließen.

Die Bedeutung des Genfer Kongresses wird jedoch nicht allein in seinen offiziellen Vertretungen ruhen. Verschiedene sozialistische Parteien, wie die österreichische und tschechische, haben ihre Beteiligung nur darum abgesagt, weil sie sich fürchten, den

Streit um die zweite oder die dritte Internationale

in ihrem Innern zu entzünden. Auch sie stehen in ihrer Mehrheit auf dem Boden des demokratischen Sozialismus und der zweiten Internationale. Die Gedanken, die in Genf die beiden stärksten Arbeiterparteien Europas, die englische und deutsche, zusammenführen, haben zahlreiche Anhänger auch in jenen Parteien, die sich durch Mehrheitsbeschluß von Genf fernhalten, so in der italienischen Partei, in der französischen Partei und sogar auch bei den deutschen Unabhängigen. Viele haben das Band mit der zweiten Internationale nicht aus eignem Willen zerrissen, sondern nur unter dem Drucke taktischer Notwendigkeit und dem Diktat Moskaus. Infolgedessen wird der inoffizielle Besuch, den sozialistische Gruppen und einzelne bekannte Persönlichkeiten des Sozialismus dem Genfer Kongreß abstatten werden, eine besonders starke Bedeutung besitzen.

Diejenigen, die triumphierten, die zweite Internationale sei gesprengt, werden am Ende doch nicht recht behalten. Und ginge sie wirklich zugrunde, so würde sie nicht, wie ihr vorausgesagt wurde, am sogenannten „Sozialpatriotismus" zugrunde gehen, sondern durch die zersetzende Kraft des Bolschewismus. In Genf werden deutsche und belgische und englische Sozialisten zusammentreffen, die während des Krieges zu ihrem Lande standen, und die gemeinsame Arbeit wird an Erinnerungen nicht scheitern. Wenn die Franzosen und die Italiener nicht kommen, so sind nicht die Nachwirkungen des Krieges daran schuld, sondern die unterschiedlichen Auffassungen über den Streitpunkt Demokratie oder Diktatur? Die frühern französischen Mehrheitssozialisten um Thomas und Renaudel dürften ebenso wie die italienischen Reformsozialisten in Genf inoffiziell vertreten sein.

Indes, wäre es den Gegnern der zweiten Internationale gelungen, sie wirklich zu vernichten, so hätten sie auch wiederum nur

ihre Fähigkeit im Zerstören

bewiesen, während sie im Wiederaufbau kläglich versagen. Die zweite Internationale sollte totgeschlagen werden der dritten Internationale zuliebe. Diese dritte Internationale erweist sich aber immer mehr als ein lebensunfähiges, nur in der Einbildung bestehendes Gebilde. Schon ist davon die Rede, daß der hoffnungslose Neubau abgebrochen werden und ein allernenster, die vierte Internationale, in Angriff genommen werden soll. Wir hätten dann glücklich drei Internationalen nebeneinander: die Internationale der demokratischen Sozialisten, Genf, die Internationale der Diktatursozialisten, Moskau, und die Internationale derer, die nicht wissen, wohin sie gehören, die weder Fleisch noch Fisch sind, wie die deutschen Unabhängigen und die französischen Sozialisten um Longuet.

Ueber den Eintritt der Unabhängigen in die dritte Internationale ist seit Jahresfrist hin und her verhandelt worden. Jetzt scheinen diese Verhandlungen endgültig gescheitert zu sein, da sich die Unabhängigen weigern, den von ihnen geforderten Zusammenschluß mit der kommunistischen Partei (Spartakusbund) zu vollziehen. Dieser Zusammenschluß sollte von einem rückhaltlosen Bekenntnis der Unabhängigen zu

Gewalt, Bürgerkrieg, Diktatur und Terror

begleitet sein. In der brutalsten Weise hat Moskau die Unterwerfung der Unabhängigen unter die russischen Auffassungen von sozialistischer Volksbeglückung gefordert und damit nur aufs neue die Richtigkeit der Behauptung Kautskys bewiesen, man spreche vom Bolschewismus zu gut, wenn man ihn den asiatischen Sozialismus nenne, man müsse sagen: der tatarische!

Die Unabhängigen können sich als Parteiganzes nicht in die russische Geistesknechtschaft stürzen, dazu sind die europäisch-sozialistischen Ueberlieferungen und die realpolitischen Erwägungen bei ihnen doch zu stark. Soll ein Anschluß eines Teiles von ihnen an Moskau erfolgen, so muß er mit einer neuen Parteispaltung verbunden sein. Der linke Flügel der Unabhängigen wird sich dann mit den Kommunisten vereinigen und der rechte wird irgendwo in der Luft hängenbleiben.

Da die Russen den Linkssozialisten der andern europäischen Länder natürlich dieselben barbarischen Bedingungen stellen wie den deutschen Unabhängigen, ist an ein ernstliches Zusammenarbeiten größerer sozialistischer Parteien in der sogenannten dritten Internationale gar nicht zu denken. Diese sogenannte dritte Internationale besteht in Wirklichkeit nur aus der in Rußland regierenden etwa 100 000 Köpfe zählenden kommunistischen Partei und kleinern Gruppen in Europa, die als gehorsame,

in Rubeln honorierte Agenten Lenins und Tschitscherins

die Geschäfte der russischen Außenpolitik zu besorgen haben. Diese Internationale ruht auf dem Boden der Diktatur auf der einen Seite, der sklavischen Abhängigkeit auf der andern. Sie ist lebensunfähig und zum Verdorren verurteilt.

Wir aber wollen nach Genf gehen, um eine sozialistische Internationale wieder aufzurichten, die auf dem freien Willen und der freien Ueberzeugung aller ihrer Teile beruht. —

Der Abstimmungssieg im Osten.

Das Abstimmungsergebnis in Ost- und Westpreußen ist über alle Maßen glänzend, für die Entente allerdings beschämend. Denn es zeigt, wie unwissend und uninformiert über die ethnographische Zusammensetzung und den Volkswillen in den Abstimmungsgebieten die Leute gewesen sein müssen, die das Friedensdiktat von Versailles fabriziert haben. Jetzt wird es der Entente selber leid tun, daß sie auf die polnischen Schwindeleien hereingefallen ist und sich hat überreden lassen, daß die preußischen Abstimmungsgebiete nicht zu Deutschland gehören wollten und sich nach Polen sehnten. Die polnischen Stimmen sind namentlich in dem weit größern westpreußischen Abstimmungsgebiet, so verschwindend, daß auch der Voreingenommenste wird bestätigen müssen, daß hier eine Volksabstimmung überhaupt nicht notwendig oder am Platze gewesen ist.

Um so deutlicher werden wir daran gemahnt, daß

die Volksabstimmung dort unterlassen wurde,

wo sie wirklich hätte stattfinden müssen: nämlich in den bedingungslos an Polen abgetretenen Gebietsteilen von Westpreußen und Posen. Die Fiktion des Versailler Diktats, daß in diesen Teilen eine Abstimmung nicht nötig sei, weil die Bewohnerschaft klar zu Polen hinneige, wird durch das Ergebnis der jetzigen Abstimmung in Ost- und Westpreußen glatt

zu Boden geschmettert. Denn wenn hier der polnische Annexionismus in der Abstimmung eine vernichtende Niederlage erlitt, so leuchtet ein, daß in den Nachbargebieten eine Volksentscheidung wahrscheinlich auch ein ganz andres Resultat gebracht hätte, als der Versailler Frieden es stillschweigend vorausgesetzt. Die bedingungslose Abtretung dieser Gebiete an Polen, wie sie der Vertrag uns auferlegt, kennzeichnet sich als Brutalität des Siegers, der es auf das gefährliche Experiment der Volksentscheidung nicht ankommen lassen wollte, weil er mit Recht befürchtete, daß diese seinem Wunsche, Polen möglichst weite Teile deutschen Gebiets zuzuschanzen, vereiteln und die Abtrennung dieser Gebiete als Gewaltakt der Welt enthüllen würde.

Die Sozialdemokratie als Hüterin des Rechtsgedankens bei der Grenzziehung zwischen den Staaten und Nationen hat daher die Pflicht, immer wieder hierauf hinzuweisen und

die Revision des Friedens von Versailles

durch Volksabstimmung in allen Gebieten zu fordern, die durch den Frieden ihre staatliche Zugehörigkeit gewechselt haben. Wir leugnen gar nicht, daß ein Teil des abgetretenen Gebiets im Osten auch bei einer Volksabstimmung sich wahrscheinlich für Polen entscheiden würde, aber sicherlich würden sehr umfangreiche Gebietsteile auch den klaren Wunsch der Bevölkerung erkennen lassen, bei Deutschland zu bleiben bzw. zu Deutschland zurückzukehren. Nicht nur die deutsche, die gesamte internationale Sozialdemokratie muß daher zu einem Programmpunkt die Forderung erheben: Nachholung der Volksabstimmung in den von Deutschland abgetretenen Gebietsteilen Westpreußens und Posens.

Für die noch immer auf unbestimmte Zeit hinausgeschobene Abstimmung in Oberschlesien, die für unser gesamtes Wirtschaftsleben von größter Bedeutung ist, bedeutet das ost- und westpreußische Resultat einen guten Auftakt. Die moralische Niederlage des polnischen Annexionismus dürfte dort ebenso stark wirken wie seine militärische Niederlage gegen Rußland. Es ist nur allzu verständlich, wenn die Polen jetzt die Abstimmung in Oberschlesien mit allen Mitteln zu hintertreiben suchen. Als Deutsche, wie als Sozialisten haben wir doppelte Ursache, ihre möglichst baldige Vornahme zu verlangen. —

Zusammenbruch der „Räte".

In Halle a. d. S. hat am 8. Juli eine Sitzung der Wirtschaftlichen Räteorganisation für Mitteldeutschland stattgefunden, in der endgültig über eine große Aktion für Mitteldeutschland beschlossen werden sollte. An der Konferenz nahmen etwa vierzig Vertreter aus dem mitteldeutschen Industriegebiet teil. Die Beratungen dauerten von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Der Vorsitzende Dörr wies darauf hin, daß die Entscheidung herbeigeführt werden müsse. Wenn auch der

Zeitpunkt zu einem Generalstreik ungeeignet

sei, müsse er jedoch, falls sein Ausbrechen nicht zu verhindern sei, mit Erfolg geführt werden. Da die Gewerkschaften aus „Mangel an Verantwortungsgefühl und revolutionärer Tatkraft" die Führung ablehnten, sei die W. R. O. (Wirtschaftliche Räte-Organisation) die berufenste Instanz zur Leitung der aufgepeitschten Massen.

In der Diskussion streit man hin und her. So bemängelte man den bisherigen ungenügenden „Erfolg" der Räteorganisation und glaubte, die Zeit für den Generalstreik sei noch nicht gekommen.

Ein Vertreter des Meuselwitzer Streikgebiets hätte es gern gesehen, wenn die Streikenden Kraft aus einer allgemeinen mitteldeutschen Aktion hätten schöpfen können. Es würde immer erklärt, Mitteldeutschland sei sturmbereit, es wolle

aber keiner die Verantwortung übernehmen.

Wenn man den Bergarbeitern ein Pfund Schmalz gratis geben wolle, so müsse man dieses bei den andern Arbeitern Neid erregende Giftbrot ablehnen. (!)

Den Streik wolle man im Meuselwitzer Revier fortsetzen, ganz gleich ob mit oder ohne Erfolg, die Hauptsache sei, man habe gekämpft. (!)

Zwei Vertreter der Gewerkschaften warnten unter den jetzigen Verhältnissen vor dem Streikwahnsinn und wiesen darauf hin, daß es nicht angehen könne, daß die W. R. O. über die Köpfe der maßgebenden Instanzen so wichtige Beschlüsse fassen könnte.

Steitz, Vorstandsmitglied der W. R. O., meint, wenn Malzahn in seiner Rede vom 13. Juni gesagt habe, man müsse die „Gewerkschaftsbonzen" wegjagen, so sei dies leichter gesagt als getan. Es seien nichts als Phrasen, mit denen man die Köpfe der Betriebsräte vollgestopft habe. Man dürfe sich nicht allzu große Hoffnungen machen, sondern müsse bedenken, daß

nur ein kleiner Teil der deutschen Arbeiter

hinter den Räten steht. Erst müsse man organisieren, dann könne man Erfolg haben. Man müsse den Mut haben, den Betriebsräten draußen zu sagen, daß sich die Verhältnisse von heute auf morgen nicht ändern lassen.

Nachdem sich mit Ausnahme der Bornaer und Meuselwitzer Vertreter alle Redner gegen eine Aktion ausgesprochen hatten, der Zweck der nutzlosen Zusammenkunft nicht erreicht werden konnte, wurde beschlossen, im mitteldeutschen Industriegebiet eine Urabstimmung in den Betrieben vorzunehmen, ob man zu einer „allerletzten entscheidenden" Konferenz, die

Vertreter der Parteien und Gewerkschaften zuziehen solle

oder aber ob man seine eignen Wege gehen wolle.

Bisher ist der W. R. O. trotz großer Bemühungen der Erfolg versagt geblieben. Man hatte wohl bereits in einer am 18. April 1920 von „18 Vertretern" besuchten Sitzung beschlossen, eine großzügige Propaganda einzuleiten. Diese kam aber nicht weit über einige Zusammenkünfte der Obleute der Betriebsräte des Bergbaues hinaus. Belebt werden sollte die gesamte Propaganda durch zwei Konferenzen, die am 12. und 13. Juni in Halle stattfanden. Hier waren es Däumig, Malzahn und Koenen (Berlin), die in einseitiger Weise die Rätegedanken in die Köpfe der Betriebsräte einhämmern wollten

An jenen beiden Tagen war etwas Stimmung erzeugt worden, die aber nicht lange anhielt. Die Ueberrennung der Gewerkschaften war nicht so leicht, als es von den obengenanten drei Rednern dargelegt war, und schneller als man in den Kreisen der W. R. O. selbst gedacht haben mag, flaute die Stimmung ab. Man mußte schließlich etwas leisten, um in Ansehen bei den Massen zu kommen.

Ein willkommener Anlaß bot sich nun durch den Steuerabzug, die Lebensmittelpreisherabsetzung sowie durch die Lohnverhandlungen im Braunkohlenbergbau. Man redet den Massen vor, die Gewerkschaften seien nicht in der Lage, die Interessen der Bergarbeiter wirksam zu vertreten, mithin sei es Aufgabe der Betriebsräte der W. R. O., die Führung zu übernehmen.

Die Vertrauensleute der Hallischen Arbeiter haben in einer kombinierten Sitzung

eine Aktion in Mitteldeutschland abgelehnt.

Nun erscheint die W. R. O. auf dem Plan, um die Feiglinge, die keine Verantwortung übernehmen wollen", in den Schatten zu stellen; sie will beweisen, daß sie im Besitz aller Eigenschaften, die eine große „Aktion" erfordert, ist, als da sind: Mut, revolutionäres Gefühl, Verantwortung und — kein Geld —. Die Finanzierung sollen die Gewerkschaften übernehmen.

Aufgebläht und voller Phrasen zog man in die, „die endgültige Entscheidung bringende" Sitzung, mit zerschlagenen Flügeln kehrte man heim. Sogar die Unentwegtesten mußten einsehen, daß die Gewerkschaften für lange Zeit noch die unbestrittene Macht haben und ohne Anteilnahme derselben eine große Aktion ein Unding ist.

Damit dürfte die Wirtschaftliche Räteorganisation in Mitteldeutschland erledigt sein. —

Polens Friedenswunsch.

Die Bemühungen des polnischen Ministerpräsidenten Grabski, die Alliierten zu bewegen, dem bedrängten Polen Waffenhilfe zu leisten, sind gescheitert. Die Entente will sich mit diplomatischen Interventionen begnügen, um Polen wenigstens seinen Besitzstand zu erhalten. Eine Reutermeldung aus Spa besagt:

Die Alliierten haben der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen, auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich hinter ihre rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Randstaaten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eignen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Dazu berichtet „Daily Telegraph", daß eine Botschaft der Moskauer Regierung an die britische Regierung eingegangen sei. Die Sowjetregierung werde Befehl zur Einstellung der Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen und ihre Einwilligung zum Zusammentritt der Friedenskonferenz geben werden.

Die Polen sind in eine furchtbare Lage geraten, aus der sie die Konsequenzen ziehen müssen. So berichten Amerikaner aus Spa:

Der polnische Ministerpräsident hat dem General Degoutte die Instruktion erteilt, sofort mit der Sowjetregierung Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes zu beginnen.

Die Sowjetarmeen rücken indessen immer weiter vor. Die Polen melden:

Der Rückzug der Polen wird fortgesetzt. In der Gegend Polozk und Orsza-Borisow finden jetzt die heftigsten Kämpfe statt. Es ist den Bolschewisten gelungen, die Beresina bei Bobruisk zu überschreiten. Bei Rowno kämpfen die Polen mit der Reiterei des Generals Budzenny. Wie aus Paris verlautet, will sich das polnische Heer auf die sprachliche Grenze Polens zurückziehen und alle Gebiete räumen, die nicht von Polnisch sprechender Bevölkerung bewohnt werden. In erster Linie wird sich die polnische Verteidigung auf das Gebiet an der litauischen Grenze beschränken. In Podolien hat sich das Heer Romers zurückgezogen.

Nach einer andern Meldung haben die Russen auch Minsk besetzt. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Armee von den rumänischen Behörden die Erlaubnis verlangt, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da diese die Neutralität wahren wollten, verweigerten sie die Genehmigung.

Nicht besser ergeht es den Polen in Litauen. Auch dort müssen die Polen sich zurückziehen. Die litauischen Truppen besetzen die geräumten Gebietsstrecken sofort, nachdem die Polen sich aus diesen zurückgezogen haben. Auch Wilna wird in größter Eile geräumt. Die nachrückenden litauischen Truppen haben sich Wilna bereits auf 18 Kilometer genähert.

Die litauische Regierung hat ihre Friedensdelegation in Moskau telegraphisch beauftragt, mit der Sowjetregierung über die durch den russischen Vormarsch geschaffene Lage zu beraten, und vor allem zu verhindern, daß die Russen gegen die litauischen Truppen vorgehen. Diese rücken weiter in den Gebieten vor, welche die Polen geräumt haben. Ihre Vortruppen sind bis an die Düna gekommen. Zurzeit finden Verhandlungen statt über die Festsetzung einer lettisch-litauischen Demarkationslinie im Dünadistrikt sowie über ein Zusammengehen der Heere der beiden Staaten. An den Verhandlungen nimmt der englische Baltikumkommissar teil.

Die Polen verbreiten Meldungen, die offenbar den Anschein erwecken wollen, als wenn sich in Polen eine „nationale Erhebung" vorbereite. So heißt es in einem Warschauer Bericht:

Ganz Polen rüstet sich jetzt zum Verteidigungskampf gegen die Bolschewisten. Sämtliche politischen Parteien haben Aufrufe ergehen lassen, in denen die Bevölkerung zum Eintritt in das Heer oder in die freiwilligen Hilfsorganisationen aufgefordert wird. Diese Aufrufe haben vollen Erfolg. In Warschau meldeten sich in 2 Tagen 30 000, in Lemberg 50 000 und in Wilna 18 000 Freiwillige. Aus allen Ständen strömen die Freiwilligen zusammen; Reichstagsabgeordnete, Beamte, Studenten, Gewerkschaften und ganze Organisationen eilen zu den Fahnen. Viele Arbeiter wollen ohne Unterstützung für das Vaterland arbeiten und die Bauern liefern freiwillig Nahrungsmittel und Pferde ab.

Viel Glauben werden die Polen mit solchen Meldungen nicht finden. Die zahlreichen Ueberläufer reden eine andre Sprache. Die Polen werden guttun, wenn sie so rasch als möglich eine Verständigung mit den Russen zustande bringen. —

Gegen die Lebensmittelteurung.

Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 55 Prozent geplant sein soll, hat in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, haben sich deshalb gestern an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einspruch erhoben. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß bereits die gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Regelung ab wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerkosten ohne Steigerung der Kleinhandelspreise erfolgen soll, d. h., daß die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reiche getragen werden. In letzter Linie würden auch hier die breiten Bevölkerungsschichten indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regierung die Absicht der Preiserhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt. —

Das Koalitionsrecht in Gefahr?

Die Rechtsanwaltsangestellten von Berlin sind wegen Nichtbewilligung von Gehaltsforderungen in Streik getreten. Die Rechtsanwälte erwirkten darauf eine vorläufige Verfügung des Berliner Landgerichts, wonach dem Zentralverband der Angestellten die

Fortsetzung des Streikes der Anwaltsangestellten untersagt

wurde. In der Verfügung heißt es:

Dem Antraggegner (Zentralverband der Angestellten. Red.) wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung aufgegeben, alle Handlungen zu unterlassen, durch die der Streik der Rechtsanwaltsangestellten in Groß-Berlin eingeleitet, gefördert oder sonst unterstützt werden könnte, insbesondere

1. Aufrufe, Ermahnungen und Aufforderungen dieses Inhalts in Wort und Schrift,
2. Einberufung von Streikversammlungen und Beteiligung an solchen in jeder Form.
3. Zahlung von Streikunterstützungen
4. Organisation von Streikpostendienst.

Diese Verfügung hat große Erregung in Berliner Angestellten- und Arbeiterkreisen hervorgerufen. Die Berliner Gewerkschaftskommission fordert die Arbeiterschaft auf, sich zur Abwehr bereit zu halten, falls diese Verfügung nicht zurückgenommen würde.

In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Streikenden sprach der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Giebel, der eine Interpellation im Reichstag wegen dieser Verfügung ankündigte.

Der Sozius des unabhängigen Rechtsanwalts und Parteiführers Oskar Cohn, Rechtsanwalt Dr. Goldschmidt, suchte die Stellung der Anwälte zu verteidigen. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Berliner Rechtsanwälte, auch die unabhängigen, die Uebernahme der Vertretung der Angestellten abgelehnt haben.

Ein Führer der Angestellten, Bauer, erklärte, daß er auf die einstweilige Verfügung und auf das ihm in Aussicht gestellte Strafverfahren pfeife. Er tue seine Pflicht und fordere demgemäß trotz der Zivilkammer 15 beim Landgericht 2 zur Fortsetzung des Streikes auf. Im übrigen hätten bereits über 250 Anwaltsbureaus die Forderungen bewilligt und nur noch eine Minderheit der Anwälte spreizt sich.

Die Berliner Gewerkschaftskommission sieht in der Verfügung des Landgerichts eine Verletzung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts. Unter diesen Umständen ist mit schweren Kämpfen zu rechnen, falls die Verfügung nicht aufgehoben wird. —

Wohin mit den 100 000?

Nach der Unterzeichnung der Abrüstungsklausel in Spa erhebt sich die Frage, wie die 100 000 Mann, die entlassen werden müssen, untergebracht werden können. Der Reichswirtschaftsverband deutscher Berufssoldaten hat den beteiligten Ressortministern folgenden Vorschlag unterbreitet: Der Reichswirtschaftsverband übernimmt die Unterbringung der Unteroffiziere und Mannschaften in gemeinnützigen Werkstätten. Diese werden in den zahlreichen völlig oder fast ganz brach liegenden Reichswerken eröffnet. Diese Staatswerkstätten stellen heute ein unverzinsliches Milliardenvermögen dar, das noch Millionen an Zuschuß erfordert, damit die Werke nicht zerfallen. Ein Teil dieser Werke wird vom Staate zur Verfügung gestellt, desgleichen Betriebsmaschinen und ein Kapital als Vorschuß für die Inbetriebsetzung. Der Reichswehrminister trifft besondere Uebergangsbestimmungen über die Löhne der Berufssoldaten. Diese gemeinnützigen Werkstätten stellen einen besondern Betriebstypus dar. Arbeiter und Angestellte in ihnen sind nur Kameraden. Es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer, alle umschlingt das Band der Kameradschaft. Es wird naturgemäß eine schwere Aufgabe sein, aus Berufssoldaten Handarbeiter zu machen. Der Staat kann diese Aufgabe nie lösen. Das vermag nur die kameradschaftliche Anleitung, Führung und Beratung. Als Produktion ist für diese Werke zunächst das in Aussicht genommen, was der Staat am nötigsten braucht. Der Staat selbst würde auf diese Weise der beste Abnehmer der Ware werden, die in den von ihm zur Verfügung gestellten Werken produziert wird. Mit diesen gemeinnützigen Werkstätten wären große Siedlungen zu verbinden. Auf staatlicherseits zur Verfügung gestelltem Gelände würden die neuen Arbeiter in gemeinschaftlicher Arbeit nach ihrem Achtstundenarbeitstag ihr eignes Haus sich erbauen und ihren Morgen Land gemeinsam urbar machen. Der Traum des eignen Hauses und der eignen Scholle kann so für Zehntausende durch gemeinsame Arbeit in die Tat umgesetzt werden. Dieser Plan hat bereits die grundsätzliche Zustimmung der beteiligten Ministerien gefunden. —

Deschanel dankt ab?

Aus Paris kommt eine überraschende Nachricht, die wir mit allem Vorbehalt wiedergeben, obwohl sie von der offiziösen Havasagentur verbreitet wird: Der Präsident der französischen Republik Paul Deschanel, wird aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten. Der Zeitpunkt seines Rücktritts wird nicht bekanntgegeben, doch dürfte er erst nach dem 14. Juli, dem französischen Nationalfeiertag, erfolgen. Der Unfall, der Deschanel vor einiger Zeit passierte, als er nachts aus dem Eisenbahnwagen fiel, scheint also tatsächlich auf eine Geistesstörung zurückzuführen zu sein. Auf die politische Tragweite des Rücktritts werden wir zurückkommen, wenn dieser offiziell vorliegt. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 162. Magdeburg, Mittwoch den 14. Juli 1920. 31. Jahrgang.

Die Steuern.

II.

Die Geldsumme, die in diesem Jahre Lohn- und Gehaltsempfänger aufzubringen haben als Steuern, ist hoch. Die Löhne und Gehalte sind gestiegen, mußten steigen, haben sich in einem Jahre bei vielen Arbeitern und Angestellten mehr als verdoppelt. Trotzdem bedeuten sie in den meisten Fällen das Existenzminimum, sind das äußerst Notwendige zum Leben. Dies Leben mit den erhöhten Löhnen, die zumeist noch gar nicht im Einklang stehen mit den hohen Lebensmittelpreisen, ist dabei noch nicht einmal ein rechtes „Leben" zu nennen. Es fällt äußerst schwer, von dem Einkommen einen Teil abgeben zu müssen, daher das Erschrecken über die neuen Steuern. Es entspricht aber nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, die untern Einkommen seien auch verhältnismäßig stärker besteuert als unter dem im vorigen Steuerjahr noch geltenden System. Es kann nicht viel nützen, das neue Steuersystem ohne jede sachliche Prüfung in Grund und Boden hinein zu verdammen, nur weil es eben mit hohen Summen rechnet. Hier heißt es wie bei jeder Sache für den besonnenen Mann: Nicht verblüffen lassen. Den Bleistift zur Hand und gerechnet. Klare Rechnung und klarer Kopf ist mehr wert als der entrüstete Schrecken vor den neuen Steuern, die in der Hauptsache darum viel Erregung hervorrufen, weil sie die Steuerzahler noch nicht kennen; sie wissen nichts damit anzufangen. Wie steht es nun mit dem Steuerzahlen unter dem alten und dem neuen System? Wie ist das Verhältnis

zwischen der alten und der neuen Einkommensteuer?

Wir haben bisher eine staatliche Einkommensteuer gezahlt, zu der Zuschläge der Gemeinde kamen und außerdem für die Einkommen über 1200 Mark ein Zuschlag für den Staat. Der Kommunalzuschlag betrug für Magdeburg bei fünf Steuerquartalen insgesamt 450 Prozent bei einigen Ermäßigungen für kleine Einkommen. Stellen wir nun eine Reihe Einkommensstufen übereinander und berechnen uns, wieviel in Magdeburg bisher darauf Steuern insgesamt gezahlt werden mußten und wie stark sie durch die neuen Steuern belastet werden. In den meisten andern Städten und Ortschaften unsers Bezirks dürfte eine solche Gegenüberstellung zu ähnlichen Resultaten führen. Wir berücksichtigen bei unsrer Berechnung nur die vom Reiche freigestellten Einkommensteile (1500 für den Steuerzahler, 500 Mark für die Frau, 700 oder 500 Mark für jedes Kind), machen aber keine weitern Abzüge. Wenn wir all die gesetzlich zulässigen Abzüge machten, die wir in unserm Artikel in voriger Nummer aufgeführt haben (Versicherungs-, Gewerkschafts-, Parteibeiträge, Schuldenzinsen usw.), dann würde das Bild für die neue Steuer erheblich günstiger.

Für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 waren in Magdeburg zu zahlen an Staats- und Gemeindeeinkommensteuer:			Nach Kürzung der steuerfreien Einkommensteile von 1500 und 500 bzw. 700 Mark sind jetzt an Reichseinkommensteuer zu zahlen:	
auf ein Einkommen von	a von einem Ledigen	b von einem Verheirateten mit 2 Kindern	a von einem Ledigen	b von einem Verheirateten mit 2 Kindern
Mark	Mark	Mark	Mark	Mark
1 000	6,—	4,—	—	—
2 000	95,—	79,—	50	—
3 000	288,60	244,20	155	—
4 000	515,20	448,—	270	60
5 000	660,80	582,40	395	166
6 000	817,60	734,20	530	282
7 000	985,60		675	408
8 000	1 187,20		830	544
9 000	1 411,20		995	690
10 000	1 680,—		1 170	846
12 000	2 016,—		1 550	1 260
15 000	2 520,—		2 195	1 860
18 000	3 024,—		2 925	2 550
19 000	3 192,—		3 180	2 800
20 000	3 375,—		3 440	3 050
30 000	5 070,—		6 305	5 850
50 000	9 450,—		13 060	12 520
100 000	21 900,—		33 625	32 950
200 000	43 700,—		83 120	82 340
500 000	115 000,—		252 115	251 230

Es muß hier eins beachtet werden: die Einkommens-, damit die Steuerstufen im alten Steuersystem waren anders bestimmt als im neuen System. Der Steuersatz von 1680 Mark auf ein Einkommen von 10 000 Mark wurde im alten System nicht erst auf die vollen 10 000 Mark erhoben, sondern schon auf 9501 Mark. Diese Steuerstufe umfaßt die Einkommen von 9000 bis 10 500 Mark. Ganz haarscharfe Vergleiche lassen sich deshalb nicht ziehen, aber das Verhältnis der neuen Steuern zu den alten ist aus der Tabelle zu erkennen. Man beachte das Verhältnis bei den Einkommen bis 20 000 Mark und die Steigerung für die Einkommen darüber hinaus bis 500 000 Mark. Bei den niedrigen Einkommen erheblich geringere Sätze als bei der alten Steuer, bei den hohen eine starke Steigerung bis zur Verdopplung. Es ist zu verstehen, daß gerade Leute mit hohen Einkommen das neue Steuergesetz wütend bekämpfen. Es muß ferner in Rücksicht gezogen werden, daß die für die niedern Einkommen verhältnismäßig hohen Sätze der alten Staatssteuer zu einer Zeit festgesetzt wurden, als Preußen noch große Ueberschüsse von der Staatsbahn einheimste und an Kriegsnot und Kriegsfinanznot noch nicht zu denken war. Jetzt hohe Fehlbeträge der Betriebe, Reich, Staat, Gemeinde haben verzehnfachte, verzwanzigfachte Ausgaben, trotzdem mildere Erfassung der untern Einkommen. Die neue Reichseinkommensteuer soll in der Hauptsache alle Ausgaben des Reiches, der Staaten und der Gemeinden decken.

Auf den Einwand, daß unsre Berechnung nur für Magdeburg zutrifft, sei entgegnet, daß die jetzigen Steuern bei Einkommen bis 15 000 Mark in allen Orten niedriger sind, wo bisher neben der Staatseinkommensteuer 300 Prozent und mehr an Zuschlägen erhoben wurden. Zu der Steigerung der Einkommensteuer für hohe Einkommen kommen weitere

Besitzsteuern.

Die großen Vermögen werden durch das Reichsnotopfer und durch die Vermögenszuwachssteuer empfindlich zur Deckung der Reichsschulden herangezogen. Dazu mögen die folgenden zwei Beispiele als Erläuterung dienen:

1. Ein Steuerpflichtiger, der bisher von den Zinsen eines Kapitals von 1 000 000 Mark gelebt und jährlich 50 000 Mark an Zinsen bezogen hat, hat an Reichsnotopfer zu entrichten 244 250 Mark. Von der ihm verbleibenden Rente von 37 787 Mark hat er an Einkommensteuer 8931 Mark, an Kapitalertragssteuer 3778 Mark zu bezahlen, so daß ihm von seinem ursprünglichen Einkommen von 50 000 Mark nur 25 078 Mark bleiben.

2. Ein Steuerpflichtiger, der vor dem Krieg ein Vermögen von 2,5 Millionen besessen und dieses während des Krieges verdoppelt hat, hat zu entrichten: an Kriegsabgabe 2 828 080 Mark, an Notopfer 1 004 500 Mark; von den danach noch verbleibenden Zinsen an Einkommensteuer 26 429, an Kapitalertragssteuer 8237 Mark, so daß ihm nach Begleichung der direkten Steuern von seiner ursprünglichen Rente von 250 000 Mark nur noch 48 599 Mark übrigbleibt.

Nur durch diese scharfe Heranziehung des Besitzes und der hohen Einkommen wird es möglich sein, das Staats- und Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten. Die Steuergesetze sind, das darf nicht vergessen werden, Kompromisse: drei Parteien bildeten die Regierung, die sie geschaffen hat, jeder Partei mußten Konzessionen gemacht werden, die restlose Erfüllung sozialistischer Wünsche war also nicht möglich. Anerkannt werden muß aber, daß die neuen Steuergesetze die tragfähigen Schultern nicht schonen.

Gewiß ist das Vermögen nicht so leicht zu fassen wie der Lohn und das Gehalt. Und wenn einer sein Einkommen nicht in Form von Lohn und Gehalt bezieht, ist auch dieses schwerer zu erreichen. Töricht wäre es aber, die neuen Steuergesetze deshalb zu verwerfen, weil sie übertreten werden können. Nach diesem Grundsatz geurteilt, taugt kein Gesetz etwas, denn jedes Gesetz kann übertreten werden. Die Steuergesetze bedeuten einen Fortschritt, er macht sich aber dann wirklich geltend, wenn sie

streng durchgeführt werden.

Auf die Durchführung kommt es jetzt an, auf rücksichtsloses Durchgreifen beim großen Besitz und Einkommen. Dieser Notwendigkeit hat nun freilich die Wahl vom 6. Juni nicht gedient. Die Saboteure der Besitzsteuer haben Zuwachs erhalten. Als die neue Regierung gebildet werden mußte, handelten die Unabhängigen in unübertrefflicher „politischer Einsicht" und überließen die Regierung den Parteien, die halbe Freunde oder grimmigste Feinde der Besitzsteuern sind. Ob die Vertreter der nationalliberalen Großunternehmer in der Regierung für scharfe Einziehung der Besitzsteuern sorgen werden, ist etwas fraglich. Darum muß

das Volk darauf drängen!

Das ist die beste Steuerdemonstration und der beste Schutz vor ungerechter Belastung. Wenn das Einziehen der Besitzsteuern nicht mit aller Energie durchgeführt wird, kommen die Lohn- und Gehaltsempfänger in die Gefahr, noch mehr belastet zu werden. Das schaffende Volk muß mit gespanntester Aufmerksamkeit darauf sehen, daß bei den obern Stufen nicht abgebaut wird in der Zeit, da eine sozialistische Kontrolle in der Regierung fehlt.

Nach dem neuen Steuersystem gibt es keinen Gemeindezuschlag auf die Steuer. Die Reichssteuer bedeutet grundsätzlich auch die volle Summe der zu zahlenden Steuer. Trotzdem ist in Magdeburg eine Gemeindesteuer auf Einkommen beschlossen.

Wie steht es mit dieser Gemeindesteuer?

Sie wird nicht gelegt auf das Einkommen an sich, ist auch nicht eine besondere Steuer auf niedere Einkommen oder „Mindesteinkommen", sondern auf den freibleibenden Teil des Einkommens. Also die 1500 Mark, die der Steuerzahler dem Reich nicht zu versteuern hat, die 500 Mark für die Frau, die 500 oder 700 Mark für jedes Kind besteuert die Gemeinde. Dieser Teil des Einkommens wird aber jedem Steuerzahler vom Reiche freigelassen, dem Arbeiter wie dem reichen Manne, darum ist der Ausdruck: Besteurung der Mindesteinkommens falsch.

Der freigelassene Teil ist für einen Familienvater höher als für einen ledigen Mann. Daraus folgt, daß die Gemeindesteuer für eine Familie höher ist wie für Alleinstehende. Es wäre richtiger, auch hier die Alleinstehenden schärfer heranzuziehen. Der Magistrat ist in diesem Sinne beim Reichsfinanzminister vorstellig geworden. Eine Verordnung des Reichsfinanzministers, die noch besteht, aber beseitigt werden muß, bestimmt, daß die Gemeindesteuer vom Mindesteinkommen im allgemeinen der einkommensteuerfreien Teile zu erheben ist. Es ist aber freigestellt, die untern Einkommen von der Gemeindesteuer ganz zu befreien und den Ledigen den vollen freigestellten Teil, 1500 Mark, zu versteuern. In Magdeburg ist die Sache nun so gemacht: Bis zu 6000 Mark Einkommen wird keine Gemeindeeinkommensteuer erhoben. Den Ledigen mit einem Einkommen über 6000 Mark werden die vollen 1500 Mark versteuert, den Verheirateten die Hälfte der freibleibenden Teile. Wenn einer Frau und zwei Kinder hat, für die je 700 Mark frei bleiben, macht die frei bleibende Summe 3400 Mark aus. Doch ist darüber das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der Preußischen Landesversammlung liegt ein Entwurf über die Ausführungsbestimmungen vor, der einige Aenderungen bringen wird. Allerdings ist die Gesamtsumme der Steuern auch mit der Gemeindesteuer in jetziger Form bis zur Einkommensgrenze von 20 000 Mark niedriger als früher unter dem alten Steuergesetz. Beispielsweise zahlt ein Ehepaar mit zwei Kindern bei einem steuerbaren Einkommen von 20 000 Mark künftig 3050 Mark Reichseinkommensteuer, während bisher an Staats- und Gemeindesteuern mit Zuschlägen 3780 Mark zu zahlen waren.

Im übrigen wird auch noch im einzelnen nachgewiesen werden, welche Summen an Steuern einschließlich der Gemeindesteuern zu zahlen sind. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 13. Juli 1920.

— **Lohnbewegung der Magdeburger Bauarbeiter.** Mit dem Fehlspruch des Schlichtungsausschusses beschäftigte sich am 12. Juli eine Versammlung der Bauarbeiter Magdeburgs. Da die Leitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Aussicht stellen konnte, daß dieser Fehlspruch aus formalen Gründen von der Regierung aufgehoben werden müsse, weil der Ausschuß nicht nach den maßgebenden Bestimmungen zusammengesetzt war, drang die Stimmung, die zum sofortigen Streik drängte, nicht durch. Beschlossen wurde, am Dienstag früh 10 Uhr eine Versammlung abzuhalten, um dann die weitere Stellungnahme festzulegen. Diese Versammlung mußte nun zunächst vertagt werden, um den Bericht des Bezirksleiters entgegennehmen zu können, der neue Verhandlungen beim Demobilmachungskommissar angebahnt hatte. Wie Genosse Koch dann der Versammlung berichtete, hatten die Arbeitgeber jede weitern friedlichen Verhandlungen unter den Parteien scharf zurückgewiesen. Das Baugewerbe könne nach ihrer Meinung keine weitere Lohnbelastung mehr tragen. Jede Verhandlung sei daher zwecklos. Danach stehe die Sache nun so, daß die Regierung den Spruch aufheben und dann zur nochmaligen Verhandlung an den Schlichtungsausschuß verweisen werde, der dann in korrekter Zusammensetzung ganz zweifellos zu einem Spruche kommen würde, der den Verhältnissen des Baugewerbes auch gerecht werden wird. Koch warnt auf das entschiedenste davor, dem Beispiel der Zimmerer zu folgen und zum Streikbeschluß zu kommen. Gegen seine Vorschläge erhob sich stürmischer Widerspruch. Die Redner, die nach ihm das Wort nahmen und zum Streik aufforderten, fanden dagegen den lebhaftesten Beifall. Schließlich wurde beschlossen, über den sofortigen Streik abzustimmen. Das Resultat steht noch aus. Hoffentlich erweist sich die Mehrheit der Bauarbeiter verständiger wie die Unternehmer und wie die Herren vom Schlichtungsausschuß. Unmöglich kann die Regierung es zulassen, daß die Löhne der Magdeburger Bauarbeiter niedriger sind als in Halle oder gar in Staßfurt und Wernigerode. Es muß daher auch ohne Streik möglich sein, die gerechten Forderungen der Bauarbeiter durchzuführen. —

— **Zimmererstreik.** Am 12. Juli tagte im „Diamantbräu" eine Generalversammlung des Verbandes der Zimmerer. Rogge gab einen kurzen Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1920. Ohne Debatte wurde dem Kassierer für seine Geschäfts- und Kassenführung Entlastung erteilt. Ferner berichtete Rogge über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß; danach soll vom 15. Juni an eine Zulage von 20 Pfennig pro Stunde gezahlt werden für Zimmerer, Bauarbeiter und Poliere. Die sehr gut besuchte Versammlung lehnte nach kurzer, sachlicher Debatte den Schiedsspruch ab. Es wurde gegen 20 Stimmen zum Dienstag den 13. Juli der Streik beschlossen. Einstimmig wurde beschlossen, die alte Forderung von 6,25 Mk. die Stunde hochzuhalten. Die Versammlung war der Ansicht, daß, wenn die Unternehmer für eine Gesellenlohnstunde 8,40 Mk. von ihren Auftraggebern nehmen, den Gesellen aber nur 5,07 Mk. auszahlen, sie sehr wohl in der Lage seien, von ihrem Uebergewinn den Gesellen etwas zukommen zu lassen, ohne das bauende Publikum weiter zu belasten. Ein Beispiel, welchen hohen Gewinn die Unternehmer erzielen, ist folgendes: Ein größeres Baugeschäft hier am Platze, das auch Stabfußböden anfertigt und verlegt, hatte für 138 Quadratmeter Stabboden ohne Materiallieferung, also nur zu verlegen, pro Quadratmeter 18 Mark in Anrechnung gebracht. 144 Stunden je 5,07 Mark waren zu dieser Arbeit erforderlich, dieses macht eine gesamte Lohnausgabe für den Unternehmer von 730 Mark. Mithin verblieb dem Unternehmer ein Ueberschuß für diese Arbeit von 1753,92 Mark. Die Zimmerer hatten also einen Verdienst von 5,07 Mark für die Stunde, der Unternehmer einen solchen von 12,50 Mark. Solche Beispiele könnte man noch viele anführen. Unsre Mitglieder können es nicht verstehen, wenn von ihnen verlangt wird, für einen Lohn zu arbeiten, der 53 Pfg. weniger beträgt als der Schlichtungsausschuß Halle den dortigen Zimmerern zugesprochen hat. Auch in kleinen Städten wie Wernigerode, Staßfurt, Gütsen usw. sind die Arbeitgeber in der Lage höhere Löhne zu zahlen. Unserseits ist alles versucht, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Nachdem aber auch die uns zu Gebote stehende letzte Instanz, der Schlichtungsausschuß, versagt hat, blieb uns kein andrer Weg als die Arbeitsverweigerung. —

— **Die Stromlieferung im Stadtteil Sudenburg** muß wegen dringender Reparaturarbeiten am Hochspannungsnetz am Freitag den 16. Juli, von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, unterbrochen werden. —

— **Sonntags bis 12 — Sonnabends bis 11.** Die Straßenbahn hatte während des Krieges mit Rücksicht auf den Nachtschichtenwechsel in den Munitionsfabriken den Betrieb Sonnabends bis 12 Uhr nachts aufrechterhalten müssen. Diese Nachtarbeit ist längst in Wegfall gekommen, der Verkehr ist Sonnabends nicht stärker als an andern Tagen, dagegen hat sich der nächtliche Sonntagsverkehr beträchtlich gehoben. Es werden deshalb von jetzt an die Straßenbahnwagen am Sonnabend nur bis 11 Uhr fahren, am Sonntag dagegen bis 12 Uhr. —

— **Bevölkerungsbewegung.** Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg betrug in der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli 1920 die Zahl der Eheschließungen 100; der Lebendgeborenen (Vorwoche) 67 männliche, 54 weibliche, zusammen 121; der Gestorbenen 30 männliche, 40 weibliche, zusammen 70, darunter Kinder im 1. Lebensjahr 8 männliche, 14 weibliche, zusammen 22; die Zahl der gemeldeten Infektionskrankheiten, und zwar: Scharlach 7 (davon — auswärts), Diphtherie und Krupp 11 (—), Unterleibstyphus 2 (—), Kindbettfieber (— —), Ruhr 6 (—), Genickstarre — (—). —

— **Volksbühne.** Im „Konzerthaus", Leipziger Straße, werden am 15. Juli von einer Künstlergemeinschaft, deren Mitglieder in Magdeburg in gutem Ansehen stehen zumeist und dem Stadttheater angehörten, Theaterabende eröffnet. Zunächst sind wöchentlich zwei Abende geplant. Gegeben werden sollen Lustspiele, Schauspiele, Singspiele. Leiterin ist Lieselotte Gonthardt, die den Magdeburgern bekannt wurde durch Gastspiele im Stadttheater und in Gemeinschaft mit Ludwig Christ im „Fürstenhof". Das neue Unternehmen nennt sich Volksbühne. —

— **Der Wahre Jacob** mußte abermals im Preise erhöht werden. Er kostet von Nr. 15 ab 60 Pfg. Buchhandlung Volksstimme.

— **In der Alten Elbe ertrunken** in der Nähe des Cracauer Wasserfalls ist am Sonntag zwischen 6 und 7 Uhr nachmittags der 12jährige Sohn des Schneidermeisters Nordt, Große Münzstraße 7. Die Eltern bitten, wenn die Leiche gelandet wird, um Nachricht. —

× **Verhaftungen.** Als untreuer Hilfsbeamter erwies sich der Kaufmann Johannes Biolkowski, Wolfenbüttler Straße 45, welcher in der Güterabfertigung des Sudenburger Bahnhofs beschäftigt war. Er unterschlug in letzter Zeit in vier verschiedenen Fällen Frachtbriefe über wertvolle Sendungen und übergab sie dem Dreher Hans Steiger, Westerhüser Straße 11, der die Frachtstücke abholen und nach seiner Wohnung bringen ließ. Von dort aus erfolgte der Verkauf der Ware; den Erlös teilten sich beide. Ein Teil auf diese Weise an sich gebrachter Sachen wurde noch bei einer Durchsuchung der Steigerschen Wohnung von Kriminalbeamten vorgefunden. Beide wurden festgenommen. Ferner wurden festgenommen: das Hausmädchen Frieda Reichert, die am 8. Juli in ihrer bisherigen Dienststelle, einem hiesigen Café, eine größere Menge Silbersachen und Wäsche gestohlen hat. Der wohnungslose Arbeiter Erich Hagemann und der Arbeiter Fritz Pfeifer, die in der Nacht zum 28. v. M. gemeinschaftlich mit drei Komplicen einen Wohnungseinbruch in der Königstraße verübten und Kleidungs- und Wäschestücke im Werte von mehreren tausend Mark stahlen; die Handelsfrau Frieda Hagemann, Braunehirschstraße 10, die in dieser Sache als Hehlerin beteiligt war. —

— **Die Annahme des Schiedsspruchs für die Metallindustrie** erfolgte, so wird uns vom Holzarbeiterverband geschrieben, am Freitag durch die Holzarbeiter. Die geringe Zulage von 20 Pfennig pro Stunde und die Ausschaltung aller derjenigen, welche noch unter 20 Jahren sind, löste, wie zu erwarten war, den größten Unwillen aus. Die Löhne für die Metallindustrie im allgemeinen sind doch schon niedrig genug, und dann auch noch dies geringe Entgegenkommen, da sind dann allerdings Anträge auf Ablehnung sehr wohl verständlich. Wenn freilich der Gedanke der Herren Dr. Hillmann, Lotz usw. durchgeführt werden sollte, müßte schon jetzt eine merkliche Kürzung der Löhne vor sich gehen. Die Begründung dieser Herren in der Verhandlung sind nur ein Beweis dafür, daß sie nicht das geringste Verständnis haben dafür, was ein Familienvater heute für die Familie braucht. Trotzdem haben auch die Holzarbeiter den augenblicklichen Verhältnissen Rechnung getragen und durch ihre Zustimmung ihre weitergehenden Forderungen vorläufig im Interesse der Gesamtheit zurückgestellt. Allgemeine Entrüstung löste die Mitteilung aus, daß die Arbeiterschaft bei R. Wolf gezwungen wird, schon früh 6 Uhr die Arbeit beginnen zu müssen. Arbeiter, die in Sudenburg, Neustadt wohnen, müssen um 4 Uhr früh aufstehen, um nur rechtzeitig an die Arbeit zu kommen. Es ist gar nichts seltenes jetzt, daß 30 bis 60 Leute zu spät kommen. Auch eine Pause von nur 20 Minuten in den 8 Stunden wird als viel zu gering angesehen. Diese ganze Treiberei soll auf das Konto des Kommunisten Wildt zurückzuführen sein. Es ist seinerzeit allgemein für Magdeburg festgelegt, daß der Arbeitsanfang vor 7 Uhr früh nicht stattfinden soll. Dieser Beschluß der Verbände ist noch nicht wieder aufgehoben und besteht demnach auch für den Betrieb R. Wolf in Fermersleben. —

— **Zur Bewirtschaftung der Baustoffe.** Ein neuer Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt bestimmt: „Soweit für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau der Bedarf an bewirtschafteten Baustoffen (Mauersteinen, Kalk und Zement) sichergestellt ist, sollen bis auf weiteres weitgehende Erleichterungen bei der Freigabe gewährt werden. Auch sollen künftig nach Möglichkeit Baustoffe für solche Bauten freigegeben werden, die bisher im Hinblick auf den Baustoffmangel zurückgestellt werden mußten. Dabei kommen selbstverständlich nur Bauten in Frage, die volkswirtschaftlich von Bedeutung sind. Für größere Verbrauchergruppen (Siedlungsgesellschaften, Gemeinden usw.) können Sammelfreigabescheine ausgestellt werden. Diese Erleichterungen sind unter dem Vorbehalt gegeben worden, daß bei einem stärkern Wiedereinsetzen des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues durch die Weiterbelieferung der neubegonnenen Bauten keine Stockung der Wohnungsbautätigkeit eintreten darf." — Dieser Erlaß bedeutet Lockerung der Baustoffbewirtschaftung. Ob damit der Arbeitslosigkeit im Bauberuf und der Kleinwohnungsnot gesteuert wird, ist sehr fraglich. Die Bauarbeiter fordern geregelte Bewirtschaftung der Baustoffe, Erzeugung und Verteilung organisiert durch allgemein verantwortliche Stellen. Das Ministerium scheint in entgegengesetzter Richtung wirken zu wollen. —

— **Die Geldnot der Städte.** Verwüstend haben der Krieg und seine wirtschaftlichen Auswirkungen nicht nur auf die Finanzen aller Staaten gewirkt, sondern auch, wie männiglich bekannt, auf die der Städte. Schwer seufzen ihre Bewohner unter dem Steuerdruck. Wir könnten zwar mit Beispielen in der allernächsten Nähe bleiben, aber, es ist doch ein gewisser Trost im Leid, und es trägt zur gerechten Beurteilung der heimischen Zustände bei, wenn man weiß, daß es andern nicht besser oder oft noch schlechter ergeht. Da ist zum Beispiel die ehemals vielbesungene Stadt Wien an der schönen blauen Donau. Ihre Jahresausgaben betrugen 1913 239 Millionen Kronen, jetzt die für eine Stadt phantastische Summe von 2500 Millionen. Die Stadt hat ihre Steuern versechsfacht. Im neuen Budget sind die Steuereinnahmen mit 444 Millionen veranschlagt. Dabei wurde eine ganze Reihe von Steuern neu eingeführt, so die Zuschläge zu den Immobiliargebühren, die Wertzuwachs-, Bodenwert- und Mietaufwandsteuer, die Lustbarkeits- und Hotelzimmerabgabe, die Plakat-, Pferde- und andre Steuern. Die als eine Art Ergänzung eingeführte Mietaufwandsteuer wird weitere 75 Millionen bringen, doch bleiben von dieser Steuer die breiten Massen unberührt, da alle Jahresmieten bis zu 900 Kronen von dieser Belastung befreit sind. Die Lustbarkeitsabgabe soll 18 Millionen tragen, die Hotelzimmerabgabe ebensoviel, der Totalisator dürfte 10 Millionen liefern und die Getränkesteuern sind mit einem höhern Betrag eingesetzt, als die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinde im Jahre 1913 gewesen sind. Aber angesichts der Entwicklung, die die Ausgaben genommen haben, erweist sich diese Steigerung als unzulänglich.

Warum diese hohen Ausgaben? Einmal müssen die Städte große Schuldensummen verzinsen und tilgen, ins Riesenhafte sind die Ausgaben für Gehalte und Löhne gestiegen und alle andern Ausgaben nicht minder. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" gibt dafür einige erbauliche Beispiele: „Die Reparatur einer Feuerwehrleiter, die in der Zeit vor dem Kriege mit 500 Kronen bezahlt wurde, verschlingt jetzt 18 000 Kronen. Ein Putschtuch, das seinerzeit 480 Kronen kostete, ist auf die phantastische Höhe von 200 000 Kronen gestiegen. Während 1917/18 für Heizung und Beleuchtung in den Feuerwehrräumen 169 000 Kronen aufgewendet worden sind, muß jetzt dafür mit einer Ausgabe von 2 760 000 Kronen gerechnet werden. Ein Pflasterstein kostet heute 18 Kronen, in frühern Jahren nur 57 Heller. Dabei ist nur der bloße Stein gerechnet, die Pflasterungsarbeiten verschlingen gleichfalls ungeheure Summen. Das alte Wort, daß Wien mit „Zwanzigern" gepflastert ist, trifft heute nicht einmal zu, wenn man den Zwanziger mit zwanzig Kronen bewertet! Die Erzeugung von 14 000 Kubikmeter Schotter kostet 3 800 000 Kronen, während im Frieden die gleiche Menge für 150 000 Kronen hergestellt wurde. Und dabei ist, insbesondere bei der Pflasterung, bis an die äußerste Grenze der Sparsamkeit gegangen worden."

Ganz so schlimm ist es bei uns noch nicht. Will man aber diesen Tiefstand der Geldentwertung vermeiden, so muß in Reich, Staat und Gemeinde mit der Pumpwirtschaft Schluß gemacht werden. Man muß die Ausgaben durch Steuern decken, die natürlich die tragfähigsten Schultern am schwersten belasten müssen. Anders geht es leider nicht. —

— **Die Reglung des Lehrlingswesens durch Tarifverträge.** Durch die hiesige bürgerliche Presse ging kürzlich die Nachricht, daß das Reichsarbeitsministerium neuerdings entschieden habe, daß es unzulässig sei, in die Tarifverträge Bestimmungen über die Reglung des Lehrlingswesens aufzunehmen. Das hiesige Arbeitersekretariat hat darauf beim Reichsarbeitsministerium Erkundigungen eingezogen und unter dem 28. Juni den Bescheid erhalten, daß eine solche Entscheidung nicht ergangen ist. Nur in einer Einzelentscheidung hat der Reichsarbeitsminister aus Zweckmäßigkeitsgründen vorläufig davon abgesehen, die allgemeine Verbindlichkeitserklärung auf den die Lehrlingsfragen regelnden Paragraphen des Tarifvertrags auszudehnen. Es heißt dann wörtlich: „Das Reichsarbeitsministerium hält nach wie vor an seinem Standpunkt fest, daß die das Arbeitsverhältnis regelnden Bestimmungen auch für Lehrlinge in Tarifverträgen festgelegt werden können, soweit nicht vom Gesetz besondere Stellen übertragener Rechte hierdurch berührt werden. Tarifverträge, die Bestimmungen für Lehrlinge enthielten, sind auch neuerdings wiederholt von hier für allgemein verbindlich erklärt worden." —

— **Die Einbrecher und Hehler,** die in der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Neustädter Straße 24 verhaftet wurden, sind der Wirt Wilhelm Orbe, Neustädter Straße 24, Arbeiter Wilhelm Neumann, Tischlerkrugstraße 24, Mechaniker Hermann Tannenberg, Neustädter Straße 9, Arbeiter Wilhelm Lorenz, Krügerbrücke 4, Fleischer Karl Kotte, ohne Wohnung, Kaufmann Paul Hoesel, Marstallstraße 8b, Arbeiter Erich Mehnert, Tischlerkrugstraße 21. Wozu noch die im Krankenhaus untergebrachte Frau Orbe kommt. Die Verhafteten sollen noch andre Diebstähle und Einbrüche eingestanden haben. —

× **Leichenfindung.** Am 9. Juli landete am rechten Ufer der Stromelbe, etwa 900 Meter nördlich der Kreuzhorst, die stark verweste Leiche eines unbekannten etwa 14 Jahre alten Knaben. Sie war unbekleidet. Angaben, die zur Feststellung der Persönlichkeit führen können, erbittet die Kriminalpolizei. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle des Westfriedhofs. —

× **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung in der Olvenstedter Straße ein großer roter Teppich, eine graurote Chaiselonguedecke, ein schwarzer Cutaway, verschiedene Hosen, darunter eine lange schwarze Uniformhose, ein dunkelblauer und ein graugrüner Jackettanzug, ein blaues und ein lila Damenkostüm, verschiedene Blusen, ein schwarzer, blaugefütterter Pelzmuff, Ober-, einfache und Nachthemden (gez. P. B.), Bett-, Tafel- und Küchenwäsche (gez. M. F.), Taschentücher (gez. P. B.), ein Uniformpelzmantel, mit Hamsterfell gefüttert, mit Umhang; aus einer Wohnung in der Gutenbergstraße ein Frackanzug, Batisttaschentücher mit Maiblumenstickerei, ein goldener Herrenring mit rotem Stein, eine goldene Damenuhr mit goldener Kette; aus einer Wohnung am Kaiser-Wilhelm-Platz eine Nickeltaschenuhr mit leuchtendem Zifferblatt; mittels Taschendiebstahls in drei verschiedenen Fällen goldene Taschenuhren, davon eine mit der Widmung „Zum 25jährigen Dienstjubiläum", und eine mit Blumenverzierung auf dem Deckel, ferner eine silberne mit der Fabrikmarke „Omega"; aus einer Wohnung am Tränsberg eine goldene und eine silberne Kleiderrocknadel; aus einer Schuhmacherwerkstatt in der Kaiserstraße ein Paar schwarze Damenlackschuhe; aus einem Keller in der Halberstädter Straße eine Autodecke und ein Schlauch; ein Fahrrad Excelsior Nr. 678907 mit gelben Felgen. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Neue Neustadt. Donnerstag den 15. Juli, abends 7½ Uhr, im Lokal von W. Westphal, Moraenstraße 26, Sitzung der Funktionäre und Austrägerinnen der „Volksstimme". 372

Die Jungsozialisten (Bildungskursus der jüngeren Parteigenossen und -genossinnen der S. P. D.) Freitag abend 8 Uhr im Lokal Georgenplatz 10, pt. Redakteur Müller spricht über „Volkswirtschaft". —

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Bezirksgruppe Sudenburg: Am Dienstag abend ½8 Uhr in der Turnhalle Königsweg Mitgliederversammlung.

Theater, Konzerte ꝛc.

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Viktoria-Theater: Heute bis einschließlich Donnerstag „Willis Frau". Freitag „Liebe". Sonnabend „Der Raub der Sabinerinnen". Sonntag „Alt-Heidelberg". —

Besprechungen.

Ein Gesangskonzert veranstaltete der Neustädter Arbeiter-Gesangverein unter Leitung seines Dirigenten, des Kapellmeisters Fritz Müller v. d. Ocker, am Sonnabend im „Vogelgesang". Das Konzert verfolgte wohl in der Hauptsache den Zweck, einem befreundeten Publikum einige genußreiche Stunden durch anregende musikalische Unterhaltung zu bieten. Aus dem Liederschatz des Vereins war ein Programm zusammengestellt worden, dessen Teile von vorherein einen Erfolg versprachen, sei es durch Tendenz, sei es durch ihren musikalischen Gehalt. Dank der Arbeitsfreudigkeit der Sänger und der sehr zuverlässigen Direktion des erprobten Leiters wurden sehr freundliche musikalische Effekte erzielt. Beethovens Hymne an die Nacht mußte wiederholt werden, ein Umstand, der auch das Publikum in bestem Sinne charakterisiert. Sehr vielen Beifall fand auch der mitwirkende Klub Bandonia mit seinen straffen, gut rhytmischen Beiträgen. G.

Wettervorhersage.

Mittwoch den 14. Juli: Warm, Gewitterneigung. —

Provinz und Umgegend.

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 13. Juli. (Felddiebstähle.) In geradezu erschreckender Weise mehren sich die Felddiebstähle hier. Tag für Tag hört man oder liest man von solchen. Und immer sind es gerade kleine Leute, denen man auf diese Weise ihre ohnehin knappe Ration verringert. Diese Spitzbuben hausen wie die Vandalen. Sie machen keinen Unterschied zwischen frühen und späten Kartoffeln, gehen nicht der Reihe nach, sondern reißen wahllos und planlos hier und da Büsche heraus, suchen die größten Kartoffeln auf und lassen die andern liegen, so eine heillose Verwüstung auf den Ackerstücken anrichtend, auf welche sie fallen. Es müssen ganze Banden sein, die auf diese Weise ernten, ohne gesät zu haben. Machtlos scheinen ihnen gegenüber auch der neugeschaffene Feldschutz und die schärfsten Polizeiverordnungen zu sein. Es ist bekanntgemacht worden, daß in der Zeit, die zwischen 1 Stunde nach kalendermäßigem Sonnenuntergang und 1 Stunde vor kalendermäßigem Sonnenaufgang niemand die Feldmark betreten dürfe, und daß auf alle Personen, die es trotzdem tun, geschossen wird von den den Feldschutz ausübenden Personen. Auch diese Drohung versagt. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn ein kleiner Pächter, der sich um den Erfolg seines Schweißes betrogen sieht, zur Selbsthilfe greift, wenn er diese Elemente bei der „Arbeit" erwischt. So meldete der Polizeibericht am Montag, daß in den Morgenstunden des Montags zwei Personen betroffen wurden, die einen gefüllten Rucksack und eine Kiepe mit Zwiebeln, grünen Bohnen und Mohrrüben bei sich trugen. Sie gaben zu, die Sachen von einem Ackerstück am Blumenthaler Weg entwendet zu haben. — Gestohlen wurden ferner: Der Witwe Pauline Heidrich aus ihrer Wirtschaft eine silberne Kette im Werte von 300 Mark, dem Schlosserlehrling Lüngen aus der städtischen Männerschwimmanstalt ein Fahrrad im Werte von 600 Mark, einem Herrn aus Möser ein Rad, das er vor dem Eisenwarengeschäft von Ehrecke stehen hatte, im Werte von 1500 Mark, und aus der Schuhfabrik von Schwerk u. Storz aus dem verschlossenen Lederkeller für etwa 10 000 Mark Sohlenleder. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Schönebeck, 13. Juli. (Stadtverordneten-Sitzung.) Die Feststellung der Haushaltpläne der Krankenhauskasse und Schulkasse wird zur Kenntnis genommen. Die Verpflegungssätze des Krankenhauses werden gemäß der Vorlage mit einigen Abänderungen angenommen. Das Preisverzeichnis für Gas- und elektrische Installation wird zur Kenntnis genommen. Zum Feuerwehrverbandstag werden 300 Mark bewilligt. Die Verpachtung des städtischen Vorlandes auf 10 Jahre an eine Speditionsfirma wird genehmigt. Der Pachtvertrag mit dem Salzamt wird angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über die Anfrage unsers Genossen Nolte, was zur Bekämpfung der Wohnungsnot geschehen solle. Es wurde scharf kritisiert, daß man zuwenig gesetzliche Machtmittel hätte, und man wünschte schärfere Bestrafungen der widerspenstigen Hausbesitzer, die sich weigern, kinderreiche Familien einzumieten. Es wurde weiter geklagt, daß man heute nicht Gelegenheit hätte, des Vormittags unentgeltlich baden zu können, trotzdem die Stadt einen Vertrag abgeschlossen hat. Es wurde gewünscht, daß der Magistrat im nächsten Jahre dafür sorgt, daß auch in den Vormittagstunden gebadet werden kann. —

Schneidlingen, 13. Juli. (Sozialdemokratischer Verein.) Im Bethmannschen Lokal fand die Vierteljahrsversammlung statt. Vom Kassierer Friedrich Hartkopf wurde über Ausgabe und Einnahme berichtet. Nach einem Schreiben des Parteisekretärs Apelt ist unser Ortsverein Staßfurt zugeteilt. Ueber die Bildung eines Jugendvereins wurde verhandelt. Die Ackerfrage wurde besprochen, eine weitere Abgabe von Domänenland ist vom Pächter abgelehnt worden, da er die vorgeschriebenen 10 Prozent bereits reichlich abgetreten hat. Jedoch werden jetzt nach langen Verhandlungen mit der Gemeindevertretung einige Morgen Domänenland zur Anlage einer Gemeindekiesgrube zur Verfügung gestellt. Die Kindermilchlieferung wird anderweitig geregelt. Ueber Gründung einer Konsumvereinsfiliale soll später verhandelt werden. Eine Wegekommission soll gebildet werden. —

Staßfurt, 12. Juli. (Mißstände in einer Düngemittel-Großhandlung.) Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Die Verhältnisse bei der Firma H. Hildenpfennig, Düngemittel-Großhandlung, Staßfurt, sind derart, daß wir gezwungen sind, dieselben einmal der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Noch bis vor kurzem zahlte die Firma ihren zirka 40 Angestellten Monatsgehalte, die zum weitaus größten Teil ungefähr dem Wochenverdienst eines Arbeiters entsprachen. Mit solchen Summen auszukommen, war den Angestellten unmöglich; sie waren direkt zum Verhungern verurteilt. Nachdem nun endlich dank den Bemühungen des Zentralverbandes der Angestellten seit April nach einem Tarif bezahlt wird (selbstverständlich ist alles in die niedrigste Gruppe gekommen), hagelt es Kündigungen und immer mit der Begründung, daß es dem Herrn G. bei den hohen Tarifgehalten nicht mehr möglich sei, so viel Personal zu beschäftigen. So sagte er dieser Tage einer jungen Angestellten, deren Lehrzeit kürzlich beendet war: „Sie sind mir zu jung für das hohe Gehalt, sehen Sie sich nach einer andern Stellung um!" Und die Angestelltenvertretung? Ohne Widerrede läßt sie den hohen Chef schalten und walten. Standesbewußtsein scheint sie nicht zu kennen, und man muß annehmen, daß sie aus Angst vor Herrn G., der ja gegen seine Angestellten einen mehr als groben Ton anschlägt, stillschweigend alle Ungerechtigkeiten billigt. Was nützen den Angestellten nun alle Tarifverträge, wenn die Arbeitgeber auf diese Art und Weise doch willkürlich vorzugehen und die Tarife einfach zu umgehen in der Lage sind. Aehnlich wie bei dieser Firma liegen die Verhältnisse auch bei den meisten hiesigen Firmen des Einzelhandels. Dort erhalten die Angestellten trotz des abgeschlossenen Tarifvertrags noch Gehalte von sage und schreibe 30 Mark monatlich. Es wird die allerhöchste Zeit, daß derart skandalöse Zustände der Oeffentlichkeit bekannt werden, und falls die betreffenden Geschäftsinhaber nicht allerschnellstens ihren Standpunkt ändern, werden wir die Namen derselben bekanntgeben. Den Angestellten aber möchten wir auch bei dieser Gelegenheit wieder zurufen: Schließt euch zusammen in einer Organisation, in den Zentralverband der Angestellten. —

Staßfurt, 13. Juli. (Die außerordentliche Mitgliederversammlung) am Sonntag hörte einen ausgezeichneten Vortrag des Genossen Wünschmann (Magdeburg), der ihm nicht nur den Beifall, sondern auch den besondern Dank der Versammlung eintrug. Ein Redner sagte mit Recht, daß alle Abwesenden sich um einen großen Genuß gebracht hätten. Der Redner sprach über die letzte Reichstagswahl und ihre Folgen. Dabei kam er natürlich auch in ausführlicher Weise auf die Unabhängigen und ihre fortgesetzten Fehler zu sprechen, die den Arbeitern die Augen über diese Partei öffnen und sie wieder aus ihrem Lager hinaustreiben werden. Genosse Wünschmann räumte gründlich mit der so lange gehegten Anschauung auf, als ob die Unabhängigen als Bruderpartei eine gewisse Schonung und Rücksichtnahme verdienten. Er wies namentlich nach, daß es für die Unabhängigen nach ihren Worten und Taten keinen schlimmern Feind gebe als die Sozialdemokratische Partei und daß wir sie ebenso zu behandeln haben, wie sie uns, ohne uns dabei derselben schofeln Mittel zu bedienen. — In der Diskussion wurde wieder Klage darüber geführt, daß das Gewerkschaftskartell mehr und mehr zu einem politischen Streitklub geworden sei, was zur Förderung der Interessen der Arbeiterschaft keineswegs beitrage. In seinem Schlußwort ermahnte daher der Referent die sozialdemokratischen Karteldelegierten, nun erst recht die Versammlungen des Gewerkschaftskartells zu besuchen und energisch für die Ausschaltung der parteipolitischen Streitereien zu sorgen. — Die Ernte hat in hiesiger Gegend mit dem Mähen von Wintergerste begonnen. Die Ernteaussichten sind bis jetzt durchaus befriedigend.

Kleine Chronik.

Ausbruch einer Ruhrepidemie in Thüringen. In Kittelstal in Thüringen ist eine schwere Ruhrepidemie ausgebrochen. Ueber 50 Personen sind erkrankt, 6 Personen sind gestorben. Die Gemeinde ist nach außenhin abgesperrt, namentlich im Lebensmittelverkehr, damit die Epidemie nicht weiter um sich greift. —

In dem Schaffhausener Wasserfall ertrunken. Neun Pioniere aus Schaffhausen versuchten mit einem Dreiteilponton die Stromschnellen des Rheines bei Schaffhausen zu passieren. Das Fahrzeug kippte jedoch um. Sechs Mann retteten sich schwimmend ans Ufer, drei sind ertrunken. —

Ein unerhörter Roheitsakt. Einem Akte von unerhörter Roheit ist der bekannte Berliner Bildhauer Rudolf Belling zum Opfer gefallen. Beim Abholen seiner in der Akademie der Künste ausgestellten Plastiken geriet er mit dem Kastellan der Akademie in Wortwechsel wegen der unsachgemäßen Ausstellung seiner Werke, die damit endete, daß der Kastellan Herrn Belling tätlich angriff. Beide fielen so zu Boden, daß der untenliegende Kastellan die Arme des Bildhauers festhielt. Jetzt tauchte plötzlich ein zweiter Diener der Akademie auf, der von dem Vorgegangenen nichts wußte, dafür aber mit dem auf den Boden gefallenen Spazierstock des Herrn Belling dermaßen auf den Kopf des Bildhauers losschlug, daß der schwere Stock in Stücke sprang und der Getroffene blutüberströmt am Boden liegenblieb. Nicht genug, erschien noch ein dritter Held, der sich bemüßigt fühlte, dem vollkommen wehrlosen Künstler das Gesicht zu zerschlagen. Durch diesen unerhörten Vorfall ist Herr Belling auf Wochen seinem Beruf entzogen. Herr Belling teilt noch mit, daß in der Akademie wiederholt dadurch Differenzen entstanden seien, daß die Aufstellung seiner Arbeiten und auch die andrer jüngerer Künstler vollständig unsachgemäß erfolgt sei. —

Das erste Porzellangeld. Die Meißener Porzellanmanufaktur hat die ersten Porzellanmünzen fertiggestellt. Für das Reich sind Münzen von 5 Mark bis 10 Pfg. bestimmt, die von dem Meißener Maler Paul Börner entworfen wurden; sie zeigen auf der Sichtseite einen quadratischen Rahmen mit der Aufschrift „Deutsches Reich" und der Wertziffer; die Kreisbogen sind von Eichenblättern und den Kurschwertern ausgefüllt. Die Rückseiten der Münzen sind, je nach dem Werte, verschieden ausgeführt: das Fünfmarkstück zeigt ein Elternpaar, segnend die Hände über einem Kind erhoben; das Dreimarkstück ein betendes Kind, das Markstück einen Eichenstumpf mit frischen Trieben, das Fünfzigpfennigstück einen Adlerkopf, das Zwanzigpfennigstück eine Fackel, das Zehnpfennigstück eine stilisierte Doppelgarbe. Auch eine besondere Münze für die Stadt Meißen wurde hergestellt, die nicht nur von Sammlern sehr gesucht, sondern gleichzeitig eine gute Werbemünze für die Meißener Manufaktur darstellen wird. Das erste Porzellangeld — 300 000 Zwanzigpfennigstücke — wird an die Hochbahngesellschaft in Hamburg geliefert; auch aus vielen deutschen Städten sind bereits Bestellungen auf die Prägung von Stadt-Notgeld eingegangen. —

Erdbeben in Amerika. Nach einer Reutermeldung aus Washington haben die Instrumente des Marineobservatoriums in Georgetown am 7. Juli um 2 Uhr nachmittags ein Erdbeben verzeichnet, welches beinahe eine Stunde dauerte. Der Mittelpunkt des Erdbebens befindet sich wahrscheinlich in Mittel- und Südamerika. —

Der große Reichsgockel. Während des verflossenen Wahlkampfs sprach in Quakenbrück (Hannover) der demokratische Reichsminister Koch. Ihm versuchte der Deutschnationale Professor Tiemann entgegenzutreten. Was er redete, war auf den üblichen Ton gestimmt und verdient daher nicht der Erwähnung. Ein Satz aber war gut, denn der Herr Professor meinte, daß, wie auf einem Hühnerhof ein Hahn sein müsse, so bedürfe auch das deutsche Volk eines Monarchen. Diese Weisheit erzeugte bei den Zuhörern tosendes Gelächter. — Also der Monarch soll der Hahn seines Volkes sein. Na, gekräht hat „Er" wahrlich genug. Ob die übrigen Funktionen eines Hahnes von den ehemaligen deutschen Monarchen voll und ganz erfüllt wurden, darüber herrschen verschiedene Meinungen. In einem waren sie schlechte Hähne. Gewöhnlich überläßt der Hahn seinem Hühnervolk die besten Bissen. Die Monarchen, im Verein mit der herrschenden Klasse, machten es in der Regel umgekehrt. —

Massenmörder Schumann vor Gericht.

Nach Eröffnung der Sitzung am Sonnabend wird sofort die Stenotypistin beim Polizeipräsidium, Fräulein Gertrud Kauts, vernommen. Sie bestätigt die am Freitag vom Kommissar Kuntze 2 gemachten Mitteilungen über das, was ihr Fräulein Wehn über die Mißhandlungen des Schumann erzählt hat. Fräulein Wehn sei empört gewesen über den körperlichen Zustand, in welchem sie eines Tages den Angeklagten gesehen hat. Von irgendeiner Mißhandlung seitens eines Beamten hat Fräulein Wehn nichts gesagt, dagegen hat sie gesehen, daß eine Frau mit einem Schirm auf den Schumann losgeschlagen hat und daß ein Beamter Kuntze die Frau durch ein Zeichen dazu aufgefordert habe. — Die Zeugin Kiwitt tritt vor und erklärt auf Vorhalt der Staatsanwälte, daß sie zu diesem Akte nur durch ihre Erregung, nicht aber durch Aufforderung eines Beamten veranlaßt worden sei, im Gegenteil habe Herr Lahmann sofort eingegriffen, sei dazwischengetreten und habe jeden Gewaltakt streng untersagt. — Dies wird vom Ehemann Kiwitt bestätigt.

Die Zeugin Fräulein Wehn hat den Vernehmungen des Schumann als Stenotypistin beigewohnt. Sie sagt u. a. aus: Der Angeklagte ist teilweise schroff behandelt worden. Ob er von Beamten mißhandelt worden ist, kann die Zeugin nicht sagen, doch ist ihr noch in der Erinnerung, daß er mehrmals, wenn er nicht antworten wollte,

an seinem kranken Arme geschüttelt

worden ist. Bei Frau Kiwitt war der Ausbruch ihres Temperaments nicht auf eine Anregung eines Beamten zurückzuführen. — Der Angeklagte, so sagt Zeuge Seeger, ist sehr anständig behandelt worden. Er hat die Taten erst bestritten und dann, wenn ihm die Beweise unter die Nase gehalten wurden, hat er sie ohne weiteres zugegeben.

Die weitere Vernehmung der Zeugin Wehn ergibt, daß sie entrüstet war, weil die Verwandten der Ermordeten den Angeklagten mißhandelten. Sie stellt ausdrücklich fest, daß

die Beamten bei den Mißhandlungen nicht beteiligt

waren und sie diesen auch nie einen derartigen Vorwurf gemacht habe.

Einige Fälle, in denen der Angeklagte aus Uebermut auf Wandervögel geschossen haben soll, werden dadurch erledigt, daß der Staatsanwalt in diesen Fällen die Anklage fallen läßt.

Der nächste Fall betrifft einen

Mordversuch auf den Hegemeister Koppke.

Dieser bekundet als Zeuge: Ende September 1916 wendete er mit seinem Dienstmädchen auf seiner Wiese Heu. Plötzlich hörte er aus größerer Entfernung etwa sieben Schüsse hallen, die aus dem Walde kamen und zweifellos auf ihn gerichtet waren. Der Zeuge holte sich ein Gewehr und suchte dann sein Revier ab, ohne jemand zu finden. Den Angeklagten hat der Zeuge nicht gekannt, weiß auch nicht, wie Schumann in den Verdacht der Täterschaft gekommen ist. Der Angeklagte hat aber später eingestanden, daß er auf ihn geschossen habe; er habe dabei gesagt, er habe Wild abspüren wollen.

Zwei vereitelte Anschläge.

Am 2. Weihnachtsfeiertag 1916 hatte der Student Herbert Hiller mit einem Fräulein Koch einen Ausflug nach dem Walde von Falkenhagen gemacht. Als sie beide nachmittags am Waldesrand lagerten, fiel plötzlich ein Schuß. Hiller wurde schwer verletzt, hat längere Zeit im Krankenhaus zubringen müssen und seine rechte Hand ist unbrauchbar geworden. Die Stelle, wo der Anschlag vor sich ging, war ganz in der Nähe des Tatesortes im Falle Nielbock. Ob der Angeklagte der Täter war, weiß der Zeuge nicht, ebensowenig die Zeugin Koch. Dagegen hat der Angeklagte dem Zeugen Lahmann zugegeben, den Schuß abgegeben zu haben aus Aerger darüber, daß der Zeuge mit dem Finger nach ihm gezeigt habe.

Der Angeklagte bestreitet auch hier wieder, solche Angaben gemacht zu haben.

An demselben Weihnachtsfeiertag hatte die Zeugin Frau Möbius, an ihrem Fenster stehend, einen Mann gesehen, der an einem Baume ruhig stand, zu ihr hinaufsah und plötzlich auf sie feuerte. Das Geschoß schlug dicht unter dem Fenster in die Mauer. Die Beweisaufnahme konnte über die Täterschaft keine Aufklärung bringen. Der Angeklagte behauptet, daß er mit der Sache nichts zu tun habe.

Gendarmeriewachtmeister Geiseler berichtet über den nächsten Anklagefall, der

die Vergewaltigung der Frau Schmitt

betrifft. Nach deren Mitteilung an den Zeugen ist sie am 8. Juli 1917 von einem Unbekannten überfallen und gewürgt worden. Dieser versuchte, sie zu vergewaltigen und schlug ihr, da sie sich dagegen wehrte, mit der Faust ins Gesicht, so daß sie aus Mund und Nase blutete. Dann versuchte er, sie ins Schilf des nahen Sees zu schleppen, und riß ihr die Kleider vom Leib. Endlich ließ er von ihr ab mit den Worten: „Du Aas, wenn Du was sagst, mach ich Dich kalt!" Der Zeuge Geiseler hat mit dem Gendarmen Lemm die Verfolgung aufgenommen, aber nichts von dem Täter entdeckt. Als er sich dann am Waldesrand niedersetzte, um die Tatumstände niederzuschreiben, fiel plötzlich ein Schuß, der zwischen ihnen hindurch ging. Dann fielen noch zwei Schüsse. Die beiden Beamten haben 2 Stunden lang nach dem Täter gesucht, ohne etwas zu finden.

Der Zeuge Lemm bestätigt die Angaben seines Kollegen, während der Angeklagte bestreitet, mit dem Fall irgend etwas zu tun zu haben.

Auf den Hilfsförster Timm ist am 23. Mai 1919 von einem Manne geschossen wurden, nachdem schon einmal ein gleiches Attentat auf ihn ausgeübt worden war. Er hat den Mann aus 30 Meter Entfernung bemerkt, auf ihn losgefeuert und auch verwundet. Der Zeuge ist der Ueberzeugung, daß Schumann der Täter war, was dieser bestreitet.

Zu dem Fall der

Brandstiftung bei der Schauspielerin Grentz

bekundete der Gendarmeriewachtmeister Geiseler, daß der Täter auf die am Löschen beteiligten Personen etwa 20 Schüsse abgegeben habe. Polizeiinspektor Marcus (Spandau) erklärt, Schumann habe ihm erzählt, daß er die Schußverletzung am Arm auf der Heerstraße von einem Unbekannten erhalten habe. Auf Zureden des Zeugen habe Schumann in Gegenwart des Staatsanwalts das Geständnis abgelegt, daß er auf den Förster Nielbock geschossen habe. Der Zeuge hat auch schon im Jahre 1911 den Fall bearbeitet, in welchem Schumann angeblich „aus Fahrlässigkeit" auf der Chaussee

eine Frau ins Herz geschossen

hatte.

Es wurden dann noch zwei kleinere Fälle des Diebstahls erledigt. Er wird beschuldigt, im Jahre 1915 aus der Waffenreparaturwerkstätte Neuruppin eine Armeepistole, Anfang 1919 aus dem Spandauer Rathaus etwa 150 Schuß Pistolenmunition und einen dem Stellmacher Freigang gehörigen Glaserdiamanten gestohlen zu haben.

Am Montag folgte die Beweisaufnahme über die zur Anklage stehenden Notzuchtfälle. Auf Antrag des Anklagevertreters wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, den Vertretern der Presse aber die Anwesenheit gestattet.

Eine Zeugin, Frau G., befand sich im Juni 1917 mit ihrer damals 4jährigen Tochter im Forst, als ein Unbekannter hinterrücks auf sie losstürzte, sie zu Boden warf, am Halse würgte, und den Versuch machte, sie zu vergewaltigen. Auf das Geschrei des Kindes und auf ihre Hilferufe eilte der Lehrer Paul herbei, der, wie die Anklage behauptet, später von Schumann aus Rache für die Störung ermordet worden sein soll. Die Zeugin erklärt heute unter ihrem Eide, daß sie den Angeklagten mit aller Bestimmtheit wiedererkenne.

An demselben Tag, an welchem die Vorzeugin überfallen worden war, hatte auch die Zeugin Frau S. ein sehr bösen Abenteuer. Sie wurde von einem Manne hinterrücks überfallen und am Halse gewürgt. Als sie sich wehrte, schlug ihr der Unbekannte mit der Faust ins Gesicht, so daß sie aus Mund und Nase blutete. Dann schleppte der Unhold die Zeugin in das Schilf des nahen Sees. Die Zeugin wurde besinnungslos und weiß nicht genau, was geschehen ist. Endlich ließ er von ihr ab mit den Worten: „Du, wenn Du was sagst, mach ich Dich kalt!"

Auf Befragen, ob sie in dem Angeklagten den Täter wiedererkenne, antwortet die Zeugin: „Selbstverständlich!" Auch diese Zeugin gibt als Haupterkennungsmerkmal eine Zahnlücke an, welche der Angeklagte auch tatsächlich aufweist.

Eine Frau M. ist im Juli vorigen Jahres beim Blaubeerensuchen in der Falkenhagener Forst überfallen wurden. Als sie Hilfe schrie, ließ der Mann von ihr ab und entfloh unter Mitnahme eines Eimers mit Blaubeeren.

Der Angeklagte: Die Angaben der Zeugin sind richtig! Die ganze Sache war nur ein Scherz und ich habe die Blaubeeren nur mitgenommen, weil ich mich ärgerte, daß der Scherz so übel aufgenommen wurde. Ich habe keinesfalls die Absicht gehabt, der Zeugin irgend etwas zu tun. Außerdem waren in der Nähe zahlreiche andre Menschen tätig. Ich war ganz perplex, als die Frau plötzlich um Hilfe rief. Nach einigen unwesentlichen Feststellungen wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt. —

Das englische Weltreich.

Das englische Weltreich umfaßte bei Kriegsbeginn eine Landfläche von 13 158 712 Quadratmeilen (das russische 8 647 857; das französische Kolonialreich 4 983 086; die Vereinigten Staaten 3 748 600; Brasilien 2 202 000; das deutsche Kolonialreich 1 236 600 Quadratmeilen). Während des Krieges hat England noch dazu gewonnen:

	Quadratmeilen	Bevölkerung
Mesopotamien	148 000	2 000 000
Palästina	16 000	500 000
Oman	82 000	500 000
Aegypten	350 000	12 000 000
Deutsch-Ostafrika	384 000	8 000 000
Deutsch-Südwestafrika	322 000	200 000
Kamerun	191 000	2 500 000
Togo	33 000	1 000 000
Kaiser-Wilhelm-Land	70 000	250 000
Deutsch-Samoa	1 200	40 000
Naurn Islands (in den Marshallinseln)		
Deutsche Südseeinseln	15 000	850 000
	1 607 200	27 840 000

Das britische Weltreich umfaßt jetzt mehr als ein Viertel der gesamten Landfläche der Erde und erheblich mehr als ein Viertel all ihrer Bewohner.

Nach den Angaben des Schiffsministeriums im Unterhaus betrugen die Verluste der britischen Handelsmarine im Kriege vom 4. August 1914 bis 11. November 1918 2479 Schiffe mit 7 750 000 Bruttotonnen. Nach britischen Berichten übertrifft die gegenwärtige englische Gesamttonnage trotzdem die vor dem Krieg um 5 Prozent.

Von der deutschen Kriegsflotte erhält England nach den Beschlüssen des Obersten Rates 70 Prozent, Frankreich und Italien je 10 Prozent, Japan 8 Prozent, die Vereinigten Staaten 2 Prozent; jedoch haben die Vereinigten Staaten ihren Anteil (sieben Schiffe mit einer Gesamttonnage von 165 635 Tonnen) an England abgetreten. Die britische Admiralität hat Maßnahmen getroffen, 1000 torpedierte Schiffe (zwischen 200 und 10 000 Tonnen), die nicht tiefer als 120 Fuß rund um die britischen Inseln unter Wasser liegen, zu heben.

Die englische Schiffahrtsindustrie hat ihre durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit bereits in größtem Stile wieder aufgenommen. In den letzten 9 Monaten von 1919 sind (nach Lloyds Register) im Vereinigten Königreich bereits wieder 757 Handelsschiffe mit 2 994 000 Tonnen im Bau gewesen — dazu noch 113 Schiffe mit 251 000 Tonnen in den Kolonien, insgesamt 870 Schiffe mit 3 245 000 Tonnen. Der Rekord der Vereinigten Staaten in der gleichen Zeit betrug 647 Schiffe mit 2 966 000 Tonnen. Auf allen übrigen Werften der Erde zusammen waren gleichzeitig 1 649 000 Tonnen Handelsschiffe im Bau (davon an erster Stelle auf den holländischen 328 000 Tonnen).

London hat seine Stellung als finanzieller Mittelpunkt des Welthandels über den Weltkrieg hinweg aufrechterhalten; lediglich als Markt für die Darlehen der Vereinigten Staaten an die Verbündeten ist Neuyork bis jetzt an seine Stelle getreten. Seit dem Waffenstillstand hat sich die britische Ausfuhr in verarbeiteten Waren verdoppelt, in Nahrungsmitteln, Getränken, Tabak und Rohstoffen vervierfacht, die Wiederausfuhr eingeführter Güter verzehnfacht. 1920 verspreche das größte Jahr in der Geschichte des britischen Handels zu werden.

England rechnet damit, daß die großen amerikanischen Oelfelder, die zurzeit 66 Prozent des gesamten Petroleums liefern, sich in weniger als einem Menschenalter erschöpfen werden. Es hat sich bereits in den Besitz der wichtigsten Oelfelder der Welt gesetzt. Außer in Mexiko sind die Amerikaner bereits überall durch England abgeschnitten. Die wertvollsten Konzessionen in Venezuela und Ekuador gehören ganz der britischen Alves-Gruppe. Die Shell-Gruppe, deren vollständig eingezahltes Kapital auf 100 000 000 Pfund geschätzt wird, hat ausschließlichen oder herrschenden Anteil an allen bedeutenden Oelfeldern der Welt — in Mexiko, Rußland, Niederländisch-Ostindien, Rumänien, Aegypten, Venezuela, Trinidad, Indien, Ceylon, den Malaienstaaten, Nord- und Südchina, Siam, den Straits Settlements und den Philippinen. In wenigen Jahren, rechnet man, wird sie allein nicht viel weniger als ein Viertel des Weltangebots beherrschen.

So konnte Lord Curzon bei der Vorlage des Friedensvertrags im Oberhaus feststellen: „England hat in diesem Krieg alles und in der Tat noch viel mehr als alles gewonnen, was es sich vorgenommen hatte zu gewinnen." —

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(22. Fortsetzung.)

Eines Abends bei Tisch fragte ihn Frau Leroux, welchen Lohn sie ihm zu zahlen habe. Wilhelm hatte an keinen Lohn gedacht. Sie hatte sich der Kinder angenommen, als wären es ihre eignen und nicht die eines Feindes, dessen Bruder . . .

Er glaubte sich selbst in ihrer Schuld und arbeitete für zwei, so daß die gute Frau oft zu ihm sagte, er würde sich überarbeiten und zu Schaden kommen. Er aber wollte sich über die bösen Gedanken hinwegarbeiten, die seines Bruders Tod über ihn gebracht und die ihn Tag und Nacht verfolgten.

Er war daher von der Frage nach dem Lohn überrascht. Er stotterte, daß er noch nicht darüber nachgedacht und daß er schließlich glaube, sie sei ihm nichts schuldig.

Frau Leroux sah ihn erstaunt an: „Wie? Ich bin Ihnen nichts schuldig? Aber mein armer Mann, das ist Ihr Ernst nicht!"

„Sie ernähren meine Kinder, Sie pflegen sie . . ."

„Soll ich vielleicht die armen Gören verhungern lassen?"

„Ich dachte nur, daß wir quitt sind."

Frau Leroux war starr vor Ueberraschung und rief ein über das andre Mal: „So was! Mein armer Mann! So was!" Ausrufe, die sie beständig im Munde führte und die je nach der Betonung alles mögliche bedeuteten. Schließlich hatte sie sich von ihrer Ueberraschung erholt und sagte: „Wir haben unserm Arbeiter drei Frank den Tag und die Kost gegeben; ich werde Ihnen ebensoviel geben."

„Und Sie haben auch seine Kinder ernährt?"

„So was! Die armen Gören! Sie werden ihnen noch das bißchen Essen vorwerfen. Und übrigens ist es meine Sache, was ich den armen Kindern gebe."

„Aber es sind meine Kinder."

„Das hört sich an, als hätten Sie Angst, ich stehle sie Ihnen."

Wilhelm mußte über die resolute, gutherzige Art der Frau lächeln. „Nun, Sie ernähren meine Kinder und ich arbeite für Sie; wir sind damit quitt," wiederholte er.

„Ah!" rief Frau Leroux, die aussah, als erzürnte sie sich. „Sie glauben also, wenn die Kinder gegessen haben, brauchen sie sonst nichts mehr? Und um sie zu kleiden? Und um sich selbst zu kleiden? Mein armer Mann! Sie haben ja nichts anzuziehen! Und nach dem Kriege werden Sie ohne einen roten Heller dastehen. Was werden Sie dann mit den Kindern tun?"

Wilhelm mußte sich diesen Gründen fügen und nach langem Feilschen, wobei sie darauf bestand, drei Frank zu zahlen, Wilhelm, daß sie die Kost der Kinder davon abziehe, einigten sie sich auf einen Tagelohn von zwei Frank.

Aber nun entstand eine neue Diskussion. Wilhelm ersuchte Frau Leroux, ihm von seinem Lohn einen Arbeitsanzug zu kaufen, worauf Frau Leroux ihm den ihres verstorbenen Mannes umsonst anbot. Sie habe die Sachen gewaschen, die zwar nicht mehr neu seien, aber noch eine Zeitlang dauern würden.

Wilhelm lehnte das Angebot verlegen, aber hartnäckig ab, und auch als Frau Leroux sich bereit erklärte, die Sachen gegen Zahlung abzutreten, blieb er bei seiner Ablehnung.

„So was!" sagte schließlich Frau Leroux, etwas verärgert, „man sieht, daß Sie ein Deutscher sind; in meinem Leben ist mir noch kein so dickköpfiger Mensch begegnet."

Wilhelm schwieg. Wie konnte er ihr den wahren Grund seiner Ablehnung sagen, der unbestimmten Gefühlen entsprang, denselben, die ihn hinderten, die Kleider seines Bruders zu tragen.

19. Kapitel.

Aus dem Elend heraus.

So ging der Frühling hin und auch der Sommer schwand. Die Kinder hatten ihre volle Gesundheit wiedergefunden und Wilhelm selbst, wettergebräunt und sehnig, war ein Bild strotzender Manneskraft. Was viel beitrug, ihn aufzurichten und mit neuem Lebensmut in die Welt sehen zu lassen, war nicht so sehr die Arbeit und die kräftige Nahrung, sondern mehr noch das Schwinden der Sorge um die Kinder.

Er hatte sich bereits über zweihundert Frank erspart, obwohl er für sich und die Kinder Kleider und Wäsche hatte kaufen müssen. Für die Kinder hatte er allerdings nur wenig zu kaufen gehabt. Frau Leroux ließ es sich nicht nehmen, unter irgendwelchem Vorwand den Kindern nützliche Geschenke zu machen oder ihnen Schürzen und Kleider selbst zu nähen, angeblich aus Stoffen, die sie seit Jahren da liegen gehabt und womit sie nichts anzufangen wußte.

Darüber war es oft zu Auseinandersetzungen zwischen Wilhelm und Frau Leroux gekommen, denn er wollte solche Geschenke nicht annehmen. Schließlich aber, da alle seine Einwendungen vergebens blieben, ließ er sie gewähren. Er begnügte sich, ihr redlich zu dienen, nach besten Kräften das Anwesen instand haltend.

Noch nie hatte Frau Leroux so glänzende Einnahmen gemacht. Der Krieg hatte die Preise der Gemüse in die Höhe getrieben. Ueberall fehlte es an Arbeitskräften, und der Boden, ungenügend bearbeitet, gab nur magere Erträgnisse.

Anders das Gut der Frau Leroux, das unter der geschickten Hand Wilhelms prächtig gedieh. Sie hatte nur wenig Ausgaben zu machen, denn Wilhelm wußte die Reparaturen selbst vorzunehmen, wodurch manche Neuanschaffung vermieden wurde. Diese Ersparnisse waren um so bedeutender, als die Werkzeuge und Maschinen, die früher in Nordfrankreich fabriziert oder aus Deutschland und Belgien importiert wurden, mehr als doppelt und dreifach im Preise gestiegen waren.

So floß ihr Leben gleichmäßig und arbeitsam hin, erhellt vom Lachen und Plappern der Kinder, die selbst dem ernst und schweigsam gewordenen Wilhelm manchmal ein Lächeln oder ein heiteres Wort abgewannen. Frau Leroux fuhr in ihrem kleinen Wagen zu Markte, besorgte den Haushalt, verzärtelte die Kinder, während Wilhelm in den Feldern arbeitete.

Wilhelm kam nur mehr selten mit den Internierten zusammen. Sie beneideten ihn und sahen ihn mit mißgünstigen Augen an, weil er frei ein und aus ging, denn die Begleitung durch einen Soldaten war bald eingestellt worden. Er hatte für sich und die Kinder Betten gezimmert und Frau Leroux hatte ihm das fehlende Bettzeug geliehen. Er hatte sich auch allerlei Möbel fabriziert: einen Tisch, Stühle, einen Schrank, so daß sein Zimmer bald recht wohnlich war. Ein Internierter hielt sein Zimmer gegen eine kleine Entschädigung in Ordnung, denn Wilhelm verbrachte jetzt oft auch die Sonntage bei Frau Leroux, kleinere Arbeiten vornehmend oder mit sorglichem Blicke durch Felder und Garten streichend.

Doch er vermied, mit Frau Leroux über andre als geschäftliche Dinge zu sprechen. Oft hatte die muntere und etwas redselige Frau versucht, ihn über seine Verhältnisse auszufragen oder über ihre eignen Angelegenheiten zu unterrichten. Aber Wilhelm antwortete entweder mit kurzen, allgemeinen Redensarten, soweit es ihn betraf, oder er lenkte das Gespräch auf die Wirtschaft, wenn sie von sich selbst zu sprechen begann.

Frau Leroux hielt sich an Louise schadlos, die eine kleine verständige Person war. Es entstand so zwischen Louise und Madame Leroux eine Art heimliches Einvernehmen. Louise war recht drollig anzusehen, wenn sie mit der besserwissenden Vertraulichkeit schwätzender Frauen über ihres Vaters Gewohnheiten sprach oder seufzend betonte, daß die kleine Anna schon wieder ihre Schürze beschmutzt habe und daß man für ein so unverständiges Ding die ganze Woche zu putzen und zu waschen habe. Aber sie sprach nur so, wenn ihr Vater nicht da war. In Wilhelms Anwesenheit war sie ganz Kind und übertrieb oft ihre kindliche Verstellung, so daß sie manchmal wegen kleiner Ungezogenheiten zurechtgewiesen werden mußte. Aber es hatte sich doch zwischen Frau Leroux und Wilhelm jene Vertraulichkeit entwickelt, die notwendig aus gemeinsamer Arbeit entsteht.

Eines Abends, als Wilhelm ins Lager kam, erzählte ihm der Internierte, der sein Zimmer in Ordnung hielt, daß eine große Aenderung bevorstände: die Militärverwaltung werde durch eine Zivilverwaltung ersetzt und der verhaßte Sergeant endlich fortgeschickt werden.

Einige Tage darauf wurde Wilhelm auf das Bureau gerufen. Der neue Direktor wollte mit ihm sprechen. Wilhelm fand einen alten, rüstigen Herrn, an dessen Manieren man schnell den ehemaligen Polizeikommissar erriet.

Der neue Direktor fixierte Wilhelm überrascht, als hätte er eine andre Persönlichkeit erwartet. Er war seit zwei Tagen im Amt und von der Mißgunst andrer Internierter, die gewöhnlich hinterbrachten, was die andern taten und sagten, hatte er allerlei ungünstige Auskünfte über Wilhelm erhalten. Man hatte ihm erzählt, daß Wilhelm und der Sergeant Millière unter einer Decke gesteckt hätten, daß jener letzterem einen Teil seines Lohnes abgegeben; ja man ließ sogar durchblicken, daß der Sergeant mit Lisbeth in intimem Verkehr gestanden und deshalb Wilhelm begünstigt hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Vereins-Kalender.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Filiale Magdeburg. Am Sonnabend den 17. Juli, abends 8 Uhr, Generalversammlung im „Diamantbräu", Berliner Straße. [2139

Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse, Filiale Sudenburg. Am Donnerstag den 15. Juli, abends v. 6 b. 9 Uhr, Delegiertenwahl i. „Goldenen Löwen".

Arbeiter-Sängerchor Magdeburg. Jeden Mittwoch abend Uebungsstunde in Kortes Bierhallen, Eingang Margaretenstraße. [2120

Magdeburger Damenchor. Uebungsstunde jeden Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Listemannstraße, Eingang Franseckystraße. [2015

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität, Verein Magdeburg. Sonntag den 18. Juli Vereinstour nach Burg. Treffpunkt morgens 9 Uhr „Stadt Loburg".

Erster Neue Neustädter Arbeiter-Radfahrerverein. Sonntag den 18. Juli Tour nach Bernburg. Abfahrt früh 5 Uhr vom „Wintergarten". [2143

Schönebeck. Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund. Donnerstag den 15. Juli, abends 7½ Uhr, Sitzung im „Stadtpark" (kleiner Saal). [2141

Wasserstände.

Elbe.		Fall	Wuchs
Pardubitz	12. 7.	—	—
Brandeis	„	—	—
Melnik	„	—	—
Leitmeritz	„	—	—
Aussig	„	—	—
Dresden	13. 7.	— 1,12	—
Torgau	„	+ 0,62	—
Wittenberg	„	+ 1,71	0,03
Roßlau	„	+ 1,00	0,03
Aken	12. 7.	+ 1,20	0,05
Barby	13. 7.	+ 1,18	0,01
Magdeburg	„	+ 0,91	0,01
Tangermünde	„	+ 1,62	0,05
Wittenberge	„	+ 1,36	0,05
Lenzen	12. 7.	+ 1,50	0,06
Dömitz	„	+ 0,93	0,03
Darchau	11. 7.	+ 0,76	—
Boizenburg	12. 7.	—	—
Hohnstorf	13. 7.	+ 0,92	0,01

Mulde.		Fall	Wuchs
Pölden	13. 7.	—	—
Saale.			
Grochlitz	13. 7.	+ 0,94	0,04
Trotha	„	+ 1,71	—
Bernburg Ltp.	„	+ 0,95	—
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,51	0,01
Kalbe Unterpegel	„	+ 0,40	0,02
Grizehne	„	+ 0,47	—
Havel.			
Brandenburg Oberpegel	12. 7.	+ 2,00	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,76	—
Rathenow Oberpegel	„	—	—
Rathenow Unterpegel	„	—	—
Havelberg	„	+ 1,61	0,03

Vereine und Versammlungen.

Ungehörigkeiten im Wohnungsamt.

Vor einigen Tagen sprach im hiesigen Wohnungsamt ein junger Mann vor und ersuchte um Zuweisung einer Wohnung. Der Beamte erkundigte sich nach dem Alter, und als der Wohnungsuchende entgegnete, er sei 24 Jahre alt und verheiratet, wurde ihm entgegnet, in diesem Alter brauche er noch nicht zu heiraten. Als dann der junge Mann erklärte, daß er ein Kind habe, und darum in erster Linie bei der Wohnungszuweisung berücksichtigt werden müsse, wurde ihm entgegnet, das Kind wäre auch ohne Wohnung geboren, also ginge es doch auch so.

Ein ganz ähnlicher Fall wird auch von einer anderen Seite geschildert. Die Herren Beamten scheinen zu glauben, die Wohnungsnot gebe ihnen das Recht, sich um Dinge zu kümmern, die sie durchaus nichts angehen. Vom zuständigen Magistratsdezernenten muß verlangt werden, daß er diesen Ungehörigkeiten seiner Beamten entgegentritt und für die Zukunft derartige Zwischenfälle zu unterbinden sucht. —

Zentralverband der Schuhmacher.

Am Montag den 12. Juli fand im „Bürgerhaus" eine Versammlung der Schoßarbeiter der Zahlstelle Magdeburg statt. Vorsitzender Rockstroh gab den Bericht von der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß und empfahl den Schiedsspruch zur Annahme. Er lautet: „Auf den bisherigen Lohn ist eine Zulage von 20 Prozent zu gewähren." Die Versammelten waren damit nicht recht zufrieden, weil mit der Lohnzulage erst ein Stundenlohn von 3,90 Mark in der 1. Klasse und 3,60 Mark in der 2. Klasse herauskommt. Trotzdem wurde der Schiedsspruch unter Anerkennung der jetzt schwierigen Lage einstimmig angenommen. Kollege Rockstroh gab ferner Bericht von der Konferenz in Weimar, wo zum Ausdruck kam, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen um baldmöglichst einen Bezirks- oder Reichstarif zum Abschluß zu bringen. Nachdem noch einiges im Verschiedenen behandelt worden war, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, den Verband zu stärken und ihm treu bleiben zu wollen, die Versammlung. —

Sport und Spiele.

Arbeiter-Wassersportverband. Der vom Bezirk II am 7. Juli angesetzte erste Wasserballserienabend wird, da zwei Mannschaften nicht erschienen sind, auf den 14. Juli nach Schönebeck verlegt. Es spielen auf der Badeanstalt des Schwimmclubs „Delphin" Schönebeck folgende Mannschaften: Olvenstedt: Magdeburg-Fermersleben I, Magdeburg-Südost: Magdeburg-Fermersleben II, Magdeburg Elbe II: Schönebeck. Die am 7. Juli ausgetragenen Spiele rechnen als Gastspiele, es trafen sich Olvenstedt: Magdeburg-Südost 0:0, Magdeburg Elbe II: Schönebeck = 3:1. Die Mannschaften bedürfen noch der Umstellung. Jedem Spieler ist das Platzhalten und Manndecken dringend zu empfehlen. Die Spielweise war im allgemeinen gut. Im übrigen wird jetzt schon auf das am 1. August in Olvenstedt stattfindende Bezirksschwimmfest hingewiesen. Sache der Arbeiterwassersportler ist es, diesen Tag zu einer wuchtigen Demonstration für den volkstümlichen Schwimmsport auszugestalten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Apotheker empfiehlt
Blutarmut!!!
Bei Bleichsucht, Nervosität, Schwäche ist **Dvophat** (Eisen-Mangan-Glyzerinphosphat mit Lezithin) ein geschätztes Kräftigungsmittel für jung und alt.
1599 **Hof-Apotheke,** Breiteweg Nr. 158, am Ulrichsbogen.

Bekanntmachung
über die Abgabe von Brennstoffen auf die Kohlenkarte für 1920/21.
Auf die Marken 6—10 der Kohlenkarte für 1920/21 darf vom 16. Juli 1920 an je 1 Zentner Briketts, böhmische Braunkohlen oder Gaskoks abgegeben werden.
Marke 2 der Kohlenkarte 1920/21 tritt mit dem 15. Juli dieses Jahres außer Kraft. 20
Magdeburg, den 12. Juli 1920. Der Magistrat.

Z. d. A.
Zentralverband der Angestellten.
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag den 15. Juli, abends ½8 Uhr, in den Apollo-Festsälen, Wallstr.
1. Bericht von der Konferenz in Würzburg.
2. Neuregelung der Beitragssätze.
3. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz.
4. Verschiedenes. 124
Recht regen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.
Karten für das Sommerfest am Sonnabend den 17. Juli in der „Wilhelma" sind noch in der Versammlung zu haben.

Ankerlin
der gute Schuhkrem
ist in **Friedensqualität** wieder überall zu haben. H286
Fabr. Schmitt & Förderer, Cassel-Wilhelmshöhe.
Vertreter: A. Seidel, Magdeburg, Königgrätzer Straße Nr. 4. —

Internation. Bund d. Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen • Ortsgruppe Magdeburg.
Mittwoch, 14. Juli, abends 7½ Uhr, im Parteiresaal des Walhalla-Theaters, Apfelstraße 12
große öffentl. Versammlung
Thema: Das neue Mannschafts-Versorgungsgesetz.
Referent: Bundesvorsitzender Tiebt (Berlin).
Kriegsbeschädigte, Lazarettinsassen, Kriegshinterbliebene, erscheint in Massen! 1669

Deutscher Eisenbahner-Verband
162 Ortsverwaltung Magdeburg.
Mittwoch, 14. Juli, abends 7 Uhr, im Hohenzollernpark
außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über den Reichslohntarif.
2. Stellungnahme zum Verbandstag in Dresden.
3. Verbandsangelegenheiten.
Die Statuten des Verbandes sind mitzubringen.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Walhalla Lichtspiele
Apfelstraße 12 Apfelstraße 12
Heute bis einschließlich Donnerstag
Vampire
6. Teil
des großen Detektiv-Romans.
Inhalt:
Die Bluthochzeit
Gewaltige, spannende Handlung, glänzende Darstellung.
Dazu:
Der rote Henker
Monumentalfilm aus der Zeit Ludwigs XIII. in 4 Akten mit
Ellen Richter in der Hauptrolle.
Spielzeit: Wochentags 6 bis 10½ Uhr, Sonntags 3 bis 10½ Uhr.
1587

UT 1593
2 Riesen-Sensations-Schlager 2
Geschwister Morelli
5 Akte Artisten-Drama 5 Akte
Der Kampf um die Ehe
Gewaltiges Sittendrama in 2 Teilen
10 Akte 10
mit Gesangseinlagen. — Heute erster Teil:
5 Riesenakte 5
Wenn in der Ehe die Liebe stirbt
27.—29. Juli: Zweiter Teil:
Feindliche Gatten.
Anfang 6 Uhr, Ende ¾11 Uhr an.

600 Mark Belohnung.
Demjenigen, der uns die aus unserm Kontor Ottenbergstraße 23 in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend gestohlenen 2 Remington-Schreibmaschinen Nr. 71744 und 279497 verschafft oder die Täter so nachweist, daß deren gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.
Sporkenbach & Co., Dampfsägewerk
Ottenbergstraße 23. — Telephon 7512.

Herrenkrug'
Heute Mittwoch ab 4 Uhr
Extra-Konzert
Philharmonisches Orchester.

Lübecker Str. 129 **Wilhelma** Lübecker Str. 129
Jeden Freitag und Sonntag
Garten-Konzert
(Philharmonisches Orchester)
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
Sonntags 2874
Gesellschafts-Ball.
Die Gebirgsanlagen sind den ganzen Tag geöffnet.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwalt. Magdeburg.
Nachruf.
Am 7. d. M. starb unser Mitglied 143
Paul Beau
Arbeiter, durch Ertrinken, 36 Jahre alt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des alten Sudenburger Friedhofs aus statt.

Verloren am Sonntag, 11. Juli, abends zwischen 8 und 9 Uhr ein schwarzer Damenhut mit hellblauem Band auf dem Wege von Körbelitz nach Gerwisch. Gegen Belohnung abzugeben Königstr. 55, pt. rechts. 2871

1 Schlafstuben-Einrichtung eiche, ist preiswert zu verkaufen. Besicht. v. 9 bis 12 u. 4 bis 8 Uhr. Vollmering, Helmstedter Str. 26.

Richtigstellung.
Die Verleumdung gegen Herrn S. Dannehl nehme ich mit Bedauern zurück. 1668
Heinrich Volgtländer, Barleben.

Achtung, Neustadt!
Empfehle mich zur Anfertigung 2875
feiner Herrengarderobe
nach Maß, auch bei zugebrachten Stoffen. — Wenden, Umarbeitungen, Reparaturen, Aufbügeln wird sauber und gewissenhaft ausgeführt unter Garantie für guten Sitz und solide Preise. H. Heine, Wasserkunststraße 12.

Fluß- und Seefische
Schellfisch, Kabeljau, Seelachs Pfund 1.75 Mk.
Flußhechte Pfund 5 bis 6 Mk.
Berta Weiß, Gr. Junkerstr. 8. 2873

Gute Nähmaschine zu verk. bei Lossow, Halberst. Str. 42, 2 Tr.

12 mittelgroße **leere Kisten** zu verkaufen 2867 Drieling, Breiteweg 48.

Plüschsofa, Chaiselongue, in bester Ausführ., sehr preiswert zu verkaufen. Scholz, Gr. Münzstr. 17, H. r. pt. [2870

Kaufe Herren- oder Damen- **Fahrrad** auch ohne Bereifung. Voigt, Papenstraße 15. 2868

Rote **Kommode,** Schrank mit Gazetür, lange Angelrute, Fahrradschl., Vogelbauer, Petrollampen rc. verk. spottb. Müller, Neuer Weg 4, IV. Suche mod. Wanduhr m. Schlagw. zu kauf.

Wegen Todesfalls verkaufe 2 sch. Gehrockanzüge, Ueberzieher, 2 Fahrräder m. Frlf., v. Gummi, Handschuh-Nähmaschine, Hängelampe (Pt.) Kölpien, Lützowstr. 30, II.

Kinderwagen u. Klappwagen m. Verdeck, sehr preiswert, verk. Dümmel, Spiegelbrücke 4, IV r.

Gut geh. engl. Drehrolle preiswert zu verk. Fischer, Schrotestr. 54, im Laden. 2864

Schlafzimmer, Küchen, Sofas, Chaiselongues, Einzel- und Kindermöbel sehr preiswert. W. Diesing (Inh. Alb. Badelt), Breienbrezelstr. 4.

Futterschweine
große und kleine, zu verkaufen bei Karl Neubauer, Groß-Rodensleben. 1655

Habe irrtümlicherweise am 4. Juli auf dem Feuerwehrfest in Eichenbarleben
ein Fahrrad vertauscht.
Am Rücktausch bittet 2861
O. Rosenburg, Groß-Rodensleben.

Hofjäger
Donnerstag, 15. Juli
Großes Garten-Konzert
ausgeführt vom Philharmon. Orchester.
Täglich abends 7.30 Uhr
Sensations-Gastspiel
der berühmten
Leipziger Seidel-Sänger 1617
Dir. A. Seidel sen.
(aus Anlaß d. 15jähr. Wiederkehr)
Das neue großartige Riesenprogramm
u. a.
Das S.-S.-S.-Trio
und
Die Teufels-Diele
Alte Liebe, Lebensbild.
Spätwirt Kummel aus Kümmelshain.
— Zum Schluß —
Der große Ringkampf
Alle Herren in neuen Einzelvorträgen.
Der bunte Teil: 10 Nummern
Vorverkauf bei L. Jacobs, Ulrichsbog.
Täglich nachm. 4 Uhr Garten-Konzert.

Zentraltheater
Heute zum letztenmal!
Die Dame vom Zirkus.
Beginn 7¼ Uhr.
Donnerstag den 15. Juli und Freitag den 16. Juli geschlossen.
Sonnabend, 17. Juli Erstaufführung!
Die kleine Hoheit.

Konzerthaus Sommer-Theater
Eröffnungs-Vorstellung
Donnerstag d. 15. Juli
Anfang 7 Uhr
Zum erstenmal!
Familie Hannemann
unter Mitwirkung des gesamt. Philharmonischen Orchesters.
Vorverk. i. Verkehrsverein, Breiteweg, und 11—1 Uhr Konzerthaus-Theaterkasse.
Freitag den 16. Juli
2869 Anfang 7½ Uhr
Familie Hannemann

Fürsten-Café
mit hochmoderner 1989
Sommer-Palmen-Terrasse.
Jeden Nachmittag
• Elite-Damen-Kaffeekränzchen. •
Täglich nachmittags und abends
Vornehme Salon-Musik.

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.
Nachruf.
Am Mittwoch den 7. Juli fand unser Mitglied, der Genosse 142
Paul Beau
den Tod durch Ertrinken.
Wir verlieren in ihm ein sehr reges und eifriges Mitglied. In aufopfernder und vorbildlicher Weise hat er als Funktionär für unsre Partei gewirkt. Wir trauern mit den Hinterbliebenen an seiner Bahre.
Ehre seinem Andenken
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 14. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem alten Sudenburger Friedhof statt.

Arbeitsmarkt

Städtisches Arbeitsamt
Vermittlungsstelle für Hausangestellte
Breiteweg 86, I. Fernruf 7786
Gesucht werden:
2 perfekte Gutsmamsellen,
3 Helferinnen für die Kinderheilstätte in Elmen, 135
2 perfekte Stubenmädchen.
Vermittlungsstelle für Metallindustrie.
Peterstr. 1. Fernruf 1012 u. 1192.
Gesucht werden:
1 selbständiger, älterer, tüchtiger Monteur für Hochspannungsschaltanlage,
1 älterer Härter zum Einsatzhärten von Maschinenteilen,
1 tüchtiger Metallformer,
Jüngere Hufschmiede nach auswärts.
Vermittlung kostenlos.

Zeitungsträgerinnen
für Sudenburg u. Altstadt sofort gesucht Magdeburger Hauskran, Tischlerbrücke 17.

Ein älterer Härter
mit gründlicher Erfahrungen im Einsatzhärten 1547 von Maschinenteilen für sofort gesucht.
H. Mundlos & Co., M.-Neustadt, Lübecker Str. 8.

Fürstenhof
Prunksaal
Nur noch bis Donnerstag
Der große Spielplan
Freitag: Programmwechsel
u. a. Gastspiel
Martha Ludwig Schild Barg
in dem Sketch
Ein angebrochener Abend
Ferner
Perzinas Papageien-Kabarett
und weitere Schlager

Tunnel
7½ Uhr 118
Die lustigen Bayern

Städtische Theater.
Viktoria-Theater.
Mittwoch den 14. Juli, 7½ Uhr
Vorletztes Gastspiel des Herrn Ludwig Barg und Frau Martha Schild-Barg vom Schauspielhaus in Bremen
Willis Frau.
Donnerstag letztes Gastspiel Barg-Schild
Willis Frau.
Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendtisch à 2.25 Mk. Gast- u. Logierhaus Alte Rose, Schwertfegerstr. 22. [2800

Stephanshallen
1586 das wirkliche Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

ZL
Zirkus-Lichtspiele
Bis Donnerstag:
Die grosse Film-Trilogie erster Teil
◆ **Frauen** ◆
Sensationelles Schauspiel in 5 Akten.
Die Hexe von Norderoog
Filmtragödie in 4 Akten.
Spielzeit 3—10.45. Sonntags 3—10.45.

1576
Raucht Bonitas!

Noch ein „politisch Ungeschulter".

Eduard Bernstein übersendet dem „Vorwärts" folgenden Brief des berühmten Schriftstellers, auch in Magdeburg bekannten unabhängigen Politikers Dr. Grelling und begleitet den Brief mit folgender Einleitung:

Dr. Richard Grelling, Verfasser der Schrift „J'accuse" (Ich klage an. D. Red.) und Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, hat Mitte Juni an eines der geistig bedeutendsten Mitglieder dieser Partei ein Schreiben gerichtet, das an der im Brief Artur Crispiens an Hermann Müller angekündigten Politik Kritik übt. Der Brief war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt, sondern sollte nur vom Empfänger im engern Kreise der führenden Parteimitglieder zur Besprechung gebracht werden. Da aber die Politik, gegen die er sich richtet, inzwischen von der Partei der Unabhängigen fortgesetzt wird, hat Grelling dem Empfänger geschrieben, er halte es nunmehr für seine Pflicht, öffentlich und ungeschminkt auf die Folgen dieser Politik in Deutschlands Beziehungen zum Ausland hinzuweisen, und mir eine Abschrift des Briefes zur Verfügung gestellt. . . .

Florenz, den 17. Juni 1920.

Werter Genosse . . .!

Indem ich Ihnen und uns zu dem großen Wahlerfolg meine Glückwünsche sende, möchte ich mir — gerade in meiner Eigenschaft als Outsider — im Interesse unsrer Sache einige Bemerkungen erlauben, die zwar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind, von denen Sie aber in Parteikreisen gelegentlich Gebrauch machen können.

Wenn ich mir auch wohl bewußt bin, daß man mir mangelnde Kenntnis der dortigen innern Vorgänge vorwerfen kann und wird — les absents ont toujours tort (Die Abwesenden haben immer unrecht) —, so glaube ich anderseits doch, daß unsereinem, der im Ausland lebt, manche Dinge in objektiverem Licht erscheinen als denjenigen, die mitten im täglichen lokalen Kampfe stehen. Ich erinnere mich eines Wortes von Friedrich Engels — in einem Brief an Bebel vom November 1879 —, in dem es etwa folgendermaßen heißt:

Unsre Kritik ist gewiß für manchen nicht angenehm, aber mehr als alle unkritischen Komplimente muß es doch für die Partei von Vorteil sein, wenn sie im Ausland ein paar Leute hat, die unbeeinflußt von den verwirrenden Lokalverhältnissen und Einzelheiten des Kampfes von Zeit zu Zeit . . . ihr den Eindruck widerspiegeln, den ihr Auftreten außerhalb Deutschlands macht.

Ich muß offen bekennen, daß die augenblickliche Haltung der U. S. P. uns sozialistischen Parteigenossen hier im Ausland unverständlich, ja geradezu rätselhaft erscheint, und daß die Enttäuschung in maßgebenden Kreisen italienischer Politiker, die von dem Anwachsen der U. S. P. eine Konsolidierung der deutschen Republik erwartet haben, angesichts des heutigen Zustandes eine noch größere ist als unter uns deutschen Sozialisten und Republikanern. Wenn infolge der Weigerung der U. S. P., in eine Koalitionsregierung mit der S. P. D. und zuverlässigrepublikanischen Linksdemokraten, vielleicht auch Gewerkschaftsleuten aus dem Zentrum, einzutreten, eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, die gezwungenermaßen weit nach rechts Anschluß suchen muß, — wenn dadurch alle Errungenschaften der Revolution, vor allem die Republik selbst gefährdet, die Unruhe in Deutschland in Permanenz erklärt, das Mißtrauen des Auslandes aufs äußerste gesteigert, der wirtschaftliche Aufstieg auf unabsehbare Zeit gehemmt wird, — so wird wohl jeder, dem neuen Deutschland wohlgesinnte Politiker im Ausland — und das sind hier die Politiker aller Parteien — die Schuld an solchen neuen Katastrophen ausschließlich

der gänzlich verfehlten Politik der U. S. P. zuschreiben.

Ich habe Ihnen kürzlich eine Nummer des hiesigen „Nuovo Giornale", des gelesensten Florentiner Blattes, zugesandt, mit einem viele Spalten umfassenden Interview, das ein Redakteur des Blattes über die Lage in Deutschland mit mir abgehalten hat. Hoffentlich haben Sie das Blatt erhalten. Sie mögen daraus ersehen — wie auch sonst aus der tonangebenden italienischen Presse —, daß man hierzulande von einem

Zusammenschluß der beiden sozialdemokratischen Parteien

zu einer gemeinschaftlichen Regierung — nötigenfalls unter Hinzunahme streng-republikanischer Elemente aus der bürgerlichen Linken — allein das Heil für Deutschland erwartet.

Selbst in der Schweizer Sozialdemokratie, die doch zur dritten Internationale neigt, wird diese Ansicht vielfach geteilt. In der augenblicklichen so überaus schwierigen Lage Deutschlands — darin stimmen Schweizer und italienische Sozialisten überein — kann man unmöglich alle sozialistischen Programmpunkte auf einmal und bis zum letzten durchführen. Da heißt es: zunächst einmal die Republik verteidigen, sie nach innen und außen festigen und die Sozialisierung nur insoweit durchführen, als dies nach Lage der Parteiverhältnisse, der wirtschaftlichen und außenpolitischen Situation zurzeit möglich ist. . . .

Ganz besonders möchte ich noch darauf aufmerksam machen, welche Vorteile auf diplomatischem Gebiet eine Beteiligung der U. S. P. an der Regierung mit sich bringen würde.

Ich wende mich — im Interesse unsrer guten Sache — gerade an Sie, werter Genosse, weil ich glaube und hoffe, daß Sie gewillt und in der Lage sein werden, einen mäßigenden Einfluß auf die Heißsporne in unsrer Partei auszuüben, die, durch den Wahlsieg übermütig gemacht, die törichte Parole „Alles oder nichts" ausgeben, womit sie nur das „Nichts" herbeiführen und jeden realpolitischen Boden unter den Füßen verlieren. Es wäre ein Jammer und ein unverzeihlicher Fehler, wenn

dieser doktrinär-verbohrte Eigensinn

durchdringen und damit die Republik selbst, die Grundlage jeder sozialistischen Entwicklung, gefährden würde. Mit Parteigruß Ihr ergebener

gez. Dr. R. Grelling.

Zu Kautsky, Ströbel, Nestriepke, Gerlach, Körber, Zadek, Fernau u. a. gesellt sich also auch Dr. Grelling. Immer mehr zeigt es sich, daß die geistig bedeutenden und hochstehenden Männer aus der Unabhängigen Partei ausscheiden oder ihre Politik verurteilen. Der öde Wortradikalismus treibt sie aus jenem Lager, in welchem die Ledebour, Koenen und Brass immer mehr die Führung an sich reißen. Daß auch die Arbeiter fliehen, zeigen die Briefe, die täglich auf allen Parteiredaktionen einlaufen. —

Erschießung eines Geisteskranken.

Am Abend des 28. März versuchte der geisteskranke pensionierte Lokomotivheizer Paul Weigelt in die besetzte Hauptkadettenanstalt Groß-Lichterfelde einzudringen. Weigelt wurde von dem Posten verhaftet und dem Kompanieführer Leutnant d. R. Regierungsbaumeister Paul Schütz zur Vernehmung vorgeführt. Bei dieser Vernehmung, die im Geschäftszimmer vor sich gehen sollte, unternahm der Verhaftete plötzlich einen Fluchtversuch, wurde daran von einem andern Leutnant gehindert und bei dem dabei entstehenden Handgemenge von Leutnant Schütz durch zwei Kopfschüsse getötet. Wegen dieser Erschießung wurde gegen Schütz die Anklage auf Totschlag erhoben. Zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Kriegsgerichtsrats Dr. Grün stattfand, waren 15 Zeugen geladen, größtenteils Angehörige des ehemaligen Schutzregiments, sowie die Ehefrau des Getöteten.

Bei seiner Vernehmung gab der Angeklagte an, er habe sich in Anbetracht der kritischen Lage für berechtigt gehalten, Weigelt kampfunfähig zu machen. Auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden, daß vielleicht doch noch andre Mittel hätten gefunden werden können, den Arrestanten gefügig zu machen, erwiderte der Angeklagte, daß ihm sein Verantwortlichkeitsgefühl seine Handlungsweise diktiert habe und er in einem gleichen Falle genau so handeln würde.

Die als Zeugin vernommene Ehefrau des Getöteten schildert ihren Mann als einen ruhigen, harmlosen Geisteskranken, der die Absicht gehabt habe, bei der Reichswehr einzutreten. Er habe kurz vor jenem Tage 16 epileptische Anfälle gehabt, sei also sehr geschwächt und gar nicht in der Lage gewesen, solche Tätlichkeiten zu begehen, wie der Angeklagte geschildert habe. Die an dem Vorfall beteiligten Zeitfreiwilligen bestätigten sämtlich die Ausführungen des Angeklagten. Weigelt habe über Riesenkräfte verfügt und seine Bewachung wie Spielbälle abgeschüttelt.

Der Zeuge Mielert sagte aus, daß Weigelt während des Ringens deutlich erkennbar mit der linken Hand nach der Pistole auf dem Tische getastet habe. Die tötlichen Schüsse trafen Weigelt in stehender Kampfstellung. Im Gegensatz hierzu erklärt der als Zeuge vernommene Kriminalwachtmeister Bork, der die Leiche am nächsten Morgen besichtigte, daß die an der Wand sichtbaren Blutspritzer sich so niedrig befunden hätten, daß daraus der Schluß gezogen werden müsse, Weigelt sei auf dem Fußboden liegend erschossen worden. Der Vertreter der Anklage führte aus, der Angeklagte habe weder in Notwehr gehandelt, noch sei er vom militärischen Standpunkt aus berechtigt gewesen, Weigelt zu erschießen. Der Tatbestand des Totschlags aus § 212 sei erfüllt. Für den Angeklagten sprächen zahlreiche Milderungsgründe, im Verhalten des Getöteten selbst und in der ganzen kritischen Situation jener Tage. Mit Rücksicht darauf beantragte der Anklagevertreter 1 Jahr Gefängnis.

Der Verteidiger des Angeklagten beantragte Freisprechung seines Mandanten.

Nach halbstündiger Beratung beschloß der Gerichtshof, die Verhandlung zu vertagen, da bei der erheblichen Bedeutung der Stellung Weigelts im Augenblick der tötlichen Schüsse der Widerspruch in diesem Punkt aufgeklärt werden müsse. Zum nächsten Termin soll Geheimrat Dr. Pfleger und ein weiterer Sachverständiger hierzu vernommen werden. —

Kaiserin Eugenie †.

Nach Zeitungsmeldungen aus Paris ist die Kaiserin Eugenie am 11. Juli in Spanien verschieden.

Eugenie Bonaparte war als Tochter des spanischen Grafen v. Montijo am 5. Mai 1826 geboren, stand also im 95. Lebensjahr. Napoleon 3., seit dem 2. Dezember 1852 Kaiser von Frankreich, hatte sich mit ihr am 30. Januar 1853 vermählt. Achtzehn Jahre stand dann Eugenie im Mittelpunkte der politischen Welt und des glanzvollsten Hoflebens von Europa, bis die Katastrophe von 1870 diese ganze Herrlichkeit zerbrach. Eugenie, die dreimal, 1855, 1865 und 1870 in Abwesenheit des Kaisers Reichsverweserin gewesen war, griff sehr lebhaft in die Politik ein und das französische Volk gab ihr einen großen Teil der Mitschuld an dem unglücklichen Kriege, der das Ende des französischen Kaiserreichs brachte. Zwei Tage nach Sedan verließ sie die Tuilerien und lebte seitdem, ins Privatleben zurückgezogen, in England, von wo aus sie später — 1873 war sie Witwe geworden — häufig Paris besuchte. Ihr einziger Sohn fiel in Südafrika in englischen Diensten im Kampfe gegen die Zulus. 92jährig sah sie noch die Revanche und den Niederbruch des Hohenzollern-Kaisertums; sie starb aber gerade noch rechtzeitig, um nicht den fünfzigsten Gedenktag ihrer Entthronung und der französischen Republik erleben zu müssen. —

Die Genossenschaften in Rußland.

Auf dem Harzburger Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erregten die Ausführungen des russischen Vertreters Dr. Stencel-Lensky (Moskau) allgemeines Aufsehen, insbesondere seine Schilderung der Wirkung des Eingreifens der Sowjetregierung in die auf Freiwilligkeit und Selbsthilfe beruhende Genossenschaftsbewegung. Bei dem großen Interesse, das diese sachkundige Darlegung bietet, sei wiedergegeben, was Dr. Stencel berichtete:

Die Nationalisierung der Banken der Industrie, endlich des Handels sollte auch die Genossenschaft nicht unberührt lassen. Eine ganze Reihe diesbezüglicher Verordnungen fand ihre Krönung in dem Dekret vom 20. März 1919, kraft dessen die Konsumvereine in Zwangskonsumkommunen umgestaltet worden wären, indem alle Bewohner eines Ortes zu obligatorischen Mitgliedern solcher Kommunen werden. Man muß aber hinzufügen: Mitglieder ohne Pflichten und ohne Rechte; denn die Anteilscheine wurden abgeschafft, das Recht, den Vorstand in der Mitgliederversammlung zu wählen, wurde abgeschafft und somit auch die Verantwortung des Vorstandes den Mitgliedern gegenüber. Als Vorstandsmitglieder wurden Regierungsvertreter einfach ernannt in Ergänzung zu den gewählten Vorstandsmitgliedern. In den Vorstand unsers Zentralverbandes waren durch ein spezielles Dekret zehn Regierungsvertreter (Kommunisten) eingeführt, damit die Majorität in den Händen der von oben ernannten, aber nicht der gewählten Vorstandsmitglieder verbleibe. Durch weitere Verordnungen hat man den genossenschaftlichen Organisationen der Konsumenten ihre Produktionsbetriebe abgenommen und den betreffenden zentralen und lokalen staatlichen Sowjetinstitutionen übergeben.

Auf diese Weise hat man die genossenschaftlichen Grundsätze voller Aktionsfreiheit und demokratischer Selbstverwaltung über den Haufen geworfen. Die Genossenschafter wissen ja aus praktischer Erfahrung, wie wichtig diese Grundsätze für das Gedeihen des genossenschaftlichen Wirtschaftssystems sind.

Viele unsrer Kommunisten bekennen übrigens, daß der genossenschaftliche Arbeitsmechanismus vollkommener sei als die bureaukratischen staatlichen Organisationen; aber sie ziehen daraus den Schluß, daß man die Genossenschaftsbewegung dem Staat unterordnen müsse, gänzlich vergessend, daß dadurch doch die Genossenschaft alle ihre Hauptvorzüge einbüßen werde. Es muß hier darauf hingewiesen werden, daß die russische Genossenschaftsbewegung und besonders der Allrussische Zentralverband der Konsumvereine sich selbst als Etappen zur Sozialisierung des Wirtschaftslebens einschätzen. Es ist daher grundsätzlich kein Unterschied vorhanden zwischen den Idealen der Genossenschaftsbewegung und den Endzielen der Kommunisten. Aber die Methoden und Mittel sind gänzlich verschieden. Nichtsdestoweniger bemühte sich die Genossenschaft, ihre Arbeit den Erfordernissen unsers Landes und den Weisungen der Sowjetregierung anzupassen. Dabei erstrebten wir als wesentlich wichtig das Prinzip der vollen politischen Neutralität zu bewahren und uns von den Kämpfen um die politische Macht fernzuhalten. Dieses Prinzip der politischen Neutralität, der Grundsatz, dem die Leiter unsrer Genossenschaftsbewegung während der Revolutionswirren stets treu geblieben sind — nämlich, daß die Genossenschaft ihre wirtschaftlichen Aufgaben dem Volke gegenüber zu erfüllen hat, ungeachtet dessen, was für ein politisches Regime in diesem oder jenem Teile Rußlands gerade die Oberhand gewinnt —, dieses Prinzip scheint der kommunistischen Regierung verdächtig zu sein. Und deshalb wurden Ende April dieses Jahres alle gewählten Vorstandsmitglieder des Centrosojus, die zu dieser Zeit sich in Rußland befanden, und zwar die Genossen Koroboff, Lawratschew und Kurnietrof, verhaftet und ins Gefängnis eingesperrt. Das war ja stets unser Los: während des Zarismus hat man uns ins Gefängnis gesteckt als „Revolutionäre", die kommunistische Regierung wirft uns ins Gefängnis als „Konterrevolutionäre". Die Worte wechseln, aber das System ist geblieben!

Und dennoch glauben wir und wissen wir, daß das Gros der russischen Genossenschafter, die Tausende und Millionen, mit uns eins sind. Wir sind heute fester als je überzeugt, daß die Genossenschaft, der Aufbau eines neuen Lebens auf dem Fundament der Liebe und Gerechtigkeit, ein sichererer und gleichzeitig ein direkterer Weg zum Sozialismus sei als Zwangsmaßregeln. Gewiß ist Zwang nötig, um manche Vorrechte und die Monopolstellung des Kapitalismus abzuschaffen; aber das ganze wirtschaftliche Leben kann nicht auf dieser Grundlage aufgebaut werden.

Und darum zweifeln wir nicht, daß aus dieser schweren Krise, von der unser Land und die russische Genossenschaftsbewegung betroffen sind, sie einst weiter zu neuem, frischem Leben erwachen werden, ohne zu den alten, schon überwundenen Formen zurückzukehren. —

Notizen.

Die Wahl des Reichspräsidenten. Das Kabinett hat, wie die „Kreuz-Zeitung" erfährt, am Sonnabend beschlossen, die Präsidentenwahl erst nach der Abstimmung in Oberschlesien stattfinden zu lassen. —

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau beendet? Am 10. Juli fand in Halle eine Sitzung der Vertreter des Bergarbeiterverbandes und der beteiligten Organisationen aus dem mitteldeutschen Braunkohlen-Industriegebiet statt. Die in den Bornaer, Meuselwitzer und Weißenfels-Zeitzer Revieren ausgebrochenen Teilstreike fanden keine Zustimmung. Es kam eine Vereinbarung zustande, nach der die gewährte Fettzulage in eine Geldzulage umgewandelt werden soll. In der Steuerfrage soll der Gewerkschaftsbund Verhandlungen mit der Regierung aufnehmen. Auf dieser Grundlage verpflichten sich die Vertreter der Streikgebiete, den Belegschaften die sofortige Arbeitsaufnahme zu empfehlen. An den Verhandlungen nehmen die Vertreter der beteiligten Verbände und Vertreter der Streikenden teil. —

Landarbeiterstreik in Pommern. Im Regierungsbezirk Köslin wird noch in den Kreisen Rummelsburg, Köslin, Schivelbein und Belgard gestreikt; im Kreise Rummelsburg neigt sich der Streik dem Ende zu, in den übrigen Kreisen wird verhandelt. Es haben sich neuerdings keine Ausschreitungen ereignet. Die in den Zeitungen erwähnten Radfahrerpatrouillen sind die vom Landarbeiterverband eingerichteten Kontrollstationen, die immer schon bestanden haben und die darüber wachen sollen, daß der vom Verband verfügte Streik auch wirklich durchgeführt wird. Die technische Nothilfe wurde bis jetzt nur im Kreise Köslin auf einigen Gütern eingesetzt. —

Die Münchner Einwohnerwehr. Wie die „Münchner Augsburger-Abendzeitung" mitteilt, beabsichtigt die Leitung der Einwohnerwehr Münchens eine Erklärung abzugeben, daß sie sich der Entwaffnung unter keinen Umständen fügen werde. Der Führer der bayrischen Einwohnerwehren, Dr. Escherich, erklärte auf einem Festabend, daß er in Berlin erklärt habe: „Nie und nimmer geben wir die Waffen her!" Dies habe er auch einem englischen General gesagt. —

Zusammenstöße in Antwerpen. Anläßlich des Goldenen Sporentags war am Sonntag die gesamte Polizei in Antwerpen mobil gemacht. Nachmittags um 12½ Uhr gelang es einem Zuge von 300 bis 400 Mann, mit Fahnen in die Stadt einzudringen. Die Polizei griff ein und feuerte blinde Schüsse ab, wodurch die Manifestanten zersprengt wurden. Sie rotteten sich aber wieder zusammen und machten einen Vorstoß auf das Rathaus, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, die mit dem Säbel einhieb. Darauf wurde aus der Menge gefeuert, die Polizei erwiderte das Feuer und zerstreute die Manifestanten. Es wurden einige zwanzig Verhaftungen vorgenommen. Drei Polizeibeamte und mehrere Manifestanten wurden verletzt. —

Depeschen.

Friedensbedingungen für Polen.

Spa, 13. Juli. Der Oberste Rat hat sich verpflichtet, unter folgenden Bedingungen zwischen Polen und Sowjetrußland zu vermitteln:

Polen solle dem Obersten Rat unter Verzicht auf jeden imperialistischen Plan bedingungslos die Grenzfestsetzung, auch die Entscheidung hinsichtlich Danzigs und Teschens überlassen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Grodno—Brest-Litowsk zurückziehen und die Sowjettruppen bis zu einer Linie 50 Kilometer davon entfernt vorrücken.

Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die roten Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten sollten.

Die Friedenskonferenz solle in London zusammentreten. An ihr sollen teilnehmen: Sowjetrußland, Polen, Finnland, Litauen und Westgalizien, das die Möglichkeit haben soll, sein Recht auf Unabhängigkeit geltend zu machen. —

Von außergewöhnlicher Billigkeit

ist unser heutiges Angebot!

Damen-Strümpfe schwarz, engl. lang . . . . Paar **9.75**

Damen-Strümpfe braun, engl. lang . . . . Paar **12.75**

Damen-Strümpfe braun, engl. lang . . . . . Paar **14.75**

Damen-Strümpfe Seidenflor, mit verstärkter Hochferse und Spitze (Ersatz für Seide) Paar **27.50**

Damen-Hemden aus gutem Wäschestoff, mit breiter Stickerei Stück **38.75**

Damen-Untertaillen prima Wäschestoff und reicher Stickerei . Stück 16.50 **12.75**

Kinder-Schürzen aus guten, waschechten Stoffen

von 3 bis 5 Jahren	5 bis 7 Jahren	7 bis 10 Jahren
15.50	17.50	19.75

Damen-Korsetts moderne Form, aus haltbaren Stoffen Stück 39.50 **29.50**

Waschmusseline hell gemustert . . . . . Meter **13.75**

Waschvoile weiß, doppeltbreit . . . . . Meter **19.75**

1 Posten Kleiderstoffe schwarz-weiß kariert, doppeltbr. Meter **19.75**

Seiden-Frotté in hellen Farben . . . . . Meter **29.50**

Kleider-Frotté modern kariert, 100 breit . . Meter **37.50**

Herren-Nachthemden aus feinfäd. Wäschestoff, m. Besatz u. Tasche **68.00**

Druckknöpfe . . . . . Dutzend 20 ₰
Stopfgarn auf Karten . . . . . 60 ₰
Haarnadeln . . . . . Brief 18 ₰
Schuhsenkel . . . . . Paar 28 10 ₰

Einkoch-Apparate mit Einsatz, verzinkt, Thermometer und 6 Klammern . . **55.00**

Bill. Maschinengarn schwarz und weiß, solange Vorrat

Springform 24 cm **1.95**
Saftbeutel mit Hülse **6.75**

Steinbüchsen zum Einmachen

1/2	3/4	1	2 Liter
30	40	50	60 ₰

Herren-Oberhemden bunt, mit weicher Manschette . . Stück **95.00**

Deutsche Feinseife . . . . . Stück **4.00**
Streichhölzer . . . . . 5 Schachteln **1.75**
Bay-Rum . . . . . Flasche **3.25**

Einkoch-Gläser 2 Liter, mit Gummiring und Bügel **3.75**

Raphael Wittkowski

Magdeburg, Breiteweg 61. 114

In Dosen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg
Vertreter: K. Schwerdtfeger, Magdeburg, Kantstr. 4.

Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!

Um mit größeren Beständen aus günstiger Einkaufs-Periode zu räumen und um das kaufende Publikum an den Vorteilen billiger Bezüge teilnehmen zu lassen, mache ich folgendes

Ausnahme-Angebot

Herren- und Kostüm-Stoffe, erstkl.
— Qualitäten, in allen Farben —
Serie 1 Meter 100.00 Serie 2 Meter 135.00
marengo, gestr. Hosenstoffe, Futterstoffe usw.

E. Rudolf Faß
Bismarckstraße 48, 1 Tr.

Keine Wanze mehr.

Kammerjäger Bergs Radikalmittel „Nicodaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. — Doppelpackung. Verkauf: Drog. Kaesebier & Ulrich, Gr. Münzstraße 19, in Burg Hirschdrogerie, Ferdinand Schröder. K296
Bitte ausdrücklich nur „Nicodaal" zu verlangen.

Neue Kurse vom 3. August ab

1561

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

BRUCK'S Kaufm. Tages- & Abend-Unterricht

Jahreskurse
Halbjahreskurse
in landw. u. kfm. Buchführ., Handels-Briefwechsel, Rechnen, Stenographie, Maschinenschreiben, Schönschreiben, Deutsch, Englisch und Französisch.
Kaufmännische Privatschule
von
Alfred Bruck Jenny Bruck
Kaufmann wissensch. gepr. Lehrerin
Magdeburg, Wilhelmstr. 1. Fernspr. 1242.
Jedes vorstehend angeführte Unterrichtsfach kann auf beliebige Dauer einzeln belegt werden.

2 Minuten vom Bahnhof entfernt

Geschlechtskranke!

Rasche Hilfe durch giftfreie Kuren.
Harnröhrenleiden, frischer auch veralteter Ausfluß, Heilung in kurzer Frist ohne Höllenstein u. scharfe Einspritzungen. **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Schmerzen, Quecksilber u. schmerzh. Einspritzungen. **Mannesschwäche,** schnelle wirksame Kur ohne Berufsstörung.
Über jedes d. drei Leiden ist eine ausführl. Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztlichen Gutachten und hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung gegen 1 Mk. für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin G. 77
Potsdamer Strasse 123 B. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11 Uhr.
Genaue Angabe des Leidens erforderlich, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

Geschlechtsleiden!

A157

veraltete u. chronische, Weißfluß, Pollutionen, Mannesschwäche, fanden nachweislich dauernde Heilung ohne Quecks., ohne Einspritz., ohne Berufsstörung durch unschädliche Kräuterkuren. Aufklär. Brosch. nach Dr. med. Hermann mit viel. Dankschr. vers. diskr. geg. Eins. von Mk. 1.00
C. F. Timm, Hannover, Münzstr. 6.

Einkochen ohne Zucker

Erprobte Rezepte zum Einmachen von Früchten und Gemüse ohne Einkochapparat nebst 25 Pilzgerichten.
Preis 90 Pfennig

125 neue Gemüse-, Pilz- u. Tomaten-Gerichte
Preis 90 Pfennig

Die schmackhafte Kartoffel-Küche
100 neue, prakt. Rezepte
Preis 90 Pfennig
empfiehlt
Buchhandl. Volksstimme
Große Münzstraße 3.

Achtung, für Interessenten der Bäckereibetriebe!
Donnerstag den 15. d. M., nachmittags von 5 Uhr an, findet auf dem Kommandantenwerder ein
Probebacken
in einem Feldbackofen aus Heeresbeständen statt. Näheres über Verkauf pp. an Ort und Stelle. 2861
„Minerva"-Metall-Handelsgesellschaft, Kommandantenwerder.

Umpresshüte für Damen und Herren schnell und preiswert. Schwarz- u. Buntfärben. Lina Radeli, Olvenstedt. Str. 26.

Billige Stoffe!
E. Rudolf Faß, Bismarckst. 48

Uhren repariert unter Garantie 12463
O. Lehmann, Beaumontst. 11.

Papier-Fahrradbereifung
Gummiersatz 143
100 000 fach bewährt, 1 Jahr Garantie, leichter, geräuschloser Gang, wie auf Vollgummi, keine Reparaturen, kein Aufpumpen, bei jeder Witterung gebrauchsfähig, unempfindlich gegen Nässe, Nägel, Scherben, Steine, verwendbar für Fahrräder aller Art mit Stahlfelgen. Man sende uns die Räder unverpackt per Post. Rücksendung nach 24 Stunden. Preis aufmontiert Mk. 35.00 für 2 Laufräder, bei Selbstmontage Mk. 30.00. Teurungszuschlag 50%.
Papprohren-Walzwerk Mann & Co., Dresden 5.

Umzüge
Fuhren aller Art — Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort Bruno Radler, Schöneckstr. 8. Telephon 5250 und 2475.

Möbeltransporte
innerhalb der Stadt, über Land sow. per Bahn ohne jede Umladung führt billigst aus
Ernst Funke
jetzt Buckau, An d. Elbe 8.
Telephon Nr. 4400. 1658

15 bis 25 Mark 800
garantiert dauernden täglichen Verdienst für jedermann, trotz der hoh. Portospesen. Leichte saubere, angenehme, häusliche Arbeit. — Kein Wiederverkauf. Bitte um Adresse. Für Rückporto 20 Pf. erbeten.
Glimmerkarten-Zentrale
R. Bach, Chemnitz.

Bauschule Rastede in Oldenburg.
Meister- und Polierkurse.
Eintritt: Aug., Okt. u. Jan.
Ausführl. Programm 2 M. 1280

Gründliche Ausbildung zu **Buchhalter(innen)**
Ferd. Simons
kaufm. Privatschule
Inh. Paul Schott,
Viktoriastr. 12.

Um zu räumen, verkaufe
Ersatzräder 1575
für Handleiterwagen, 30 und 36 cm Durchmesser, Stück 10 M., 60 cm Durchmesser Stück 18 M.
Wilhelm Aßmus,
Grünearmstraße Nr. 18b.

ff. Liköre
Kognak-Weinbrand
Kognak-Verschnitt
Schwarzwälder Kirschwasser
Zwetschenwasser
Wachhld.-Branntwein
diverse Weine
künstliche Frucht-Limonaden
offeriert billigst [1637
A. Schiller Nachf.
Likörfabrik u. Weinhandlg.
Gr. Münzstr. 11
1. Laden von Ecke Kaiserstr.
Fernsprecher 1213.

Gegen Würmer!
Spul- und Madenwürmer wirksame Spezialmittel für Erwachsene und Kinder. 1589
Hof-Apotheke
Breiteweg Nr. 158 am Ulrichsbogen.

Pantoffel
mit u. ohne Ledersohle billigst.
Turnschuhe
Stiefel, Halbschuhe
nur für Wiederverkäufer offeriert
2680
W. Schmidt, Magdeburg
Blauebeilstraße 10.

1653 **Musik-Kaufmann**
Halberstädter Straße 40
Altbekannt beste Bezugsquelle.
Jed. Instrument w. vorgespielt. Repar. in eigner Werkstatt.

Alteisen 1733
kauft ständig zu höchst. Preisen
E. Wendt, Fermersleben,
Hertensstr. 5/6. Telephon 7339

Rechtsbeistand
in Ehe-, Alimenten-, Straf- u. Steuersach., Rechtsauskunftei. Gesuche, Testamente, Beschwerden usw. O. Beurer, Volksanwalt, Kleine Steinernetischstr. 3, I. 1577

Neue Neustadt.

Alt-Papier Eisen Metalle
sowie Lumpen jeder Art, Wolle (gestrickt), Filzhüte, Sekt- u. Weinflaschen kauf. laufend zu höchsten Preisen
Kohl & Rostholder
Alexanderstraße 20 2290
Beste Abnahmestelle für Händler und Sammler.

Kücheneinrichtungen 1638
v. 600 b. 4000 Mk., Schlafzimmer v. 4500 Mk. an, echt nußb. Wohnzimmer, Schreibtische, Sessel, Plüschsofas, Chaiselongues preiswert
Fey, Schöninger Str. 28

Natur-Heilpraxis für alle Krankheiten 1659
Niemann, Magnetopath, und Naturheilkundiger
Moltkestraße 16 (am Br. Weg)

Leberflecke — Warzen
entfernt restl., Reichspat., [A1
sonst Geld zur. M 10.00 u. Porto
Sanitas-Depot, Halle a. d. Saale 244k

Oh! Ein graues Haar!

20 Jahre jünger nach Gebrauch von
Exlepäng I.
Das beste Haarfärbemittel, weltberühmt u. erprobt.
Karton 20.— Mk.

„Glatta" bestes **Enthaarungsmittel.**
Erfolg garantiert.
Karton 5.50 Mk.

Bei mir zu haben. 1643
R. Gembalowski
Breiteweg 208, Haltestelle Hauptpost.

1/1-Sekt-Flaschen

Maggiflaschen Nr. 5 u. 6
1/1-Weißwein-, Rotwein-, Kognak-Flaschen
Brunnen-, Milch-, Portwein-, Burgunder- sowie sämtliche 1/2-, 3/4-, 1-Liter-Flaschen.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Stanniol u. Flaschenkapseln

Altpapier
Zeitungen, Zeitschriften, Akten, Geschäftspapiere, Pappabfälle, Papierabfälle sowie sämtl. Sort.

werden dauernd gegen beste Bezahlung angenommen.

Magdeburger Abfall-Sammlung
Große Münzstraße 13, Eing. Kutscherstr. — Tel. 2094.
Abholung erfolgt kostenlos durch unser Gespann. 1574

Chemisch-Reinigen von Kleidungsstücken
jeder Art ohne Einbuße an Fasson u. Farbe sowie
Gardinen-Waschen und -Spannen auf neu
1652 in spätestens 8 bis 10 Tagen.

Eigene Läden: Breiteweg 271, Kaiserstraße 13 (Eing. Wilhelmstraße), Jakobstraße 39, Johannisberg 15, Hauptwache 2, Gr. Diesdorfer Straße 229, Hohepfortestraße, Schönebecker Straße 26, Halberstädter Straße 111 (Eingang Rottersdorfer Straße).

Färberei Leis Nachf.

Fabrik: Gr. Diesdorfer Straße 86. Fernsprech-Anschluß 1105.